

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**DAS ABHÄNGIGKEITSVERHÄLTNIS POLITIK –
WIRTSCHAFT;
Wesensgehalt Politischer Konjunkturzyklen anhand des
Frey/Schneider Modells**

Verfasser

Jochen Kyslik

angestrebter akademischer Grad

Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Mag. rer. soc. oec.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer / Betreuerin:

A 157
Diplomstudium Internationale Betriebswirtschaft
Univ.-Prof. Dipl. Ing. Dr. Robert Kunst

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	3
1.1	Motivation der Arbeit	3
1.2	Zielsetzung der Arbeit	4
1.3	Aufbau der Arbeit	4
2	THEMATISCHE EINORDNUNG	5
2.1	Die Beziehung Wirtschaft und Politik	6
2.2	Die Renaissance der Politischen Ökonomie	7
2.3	Die Entstehung der Modernen Politischen Ökonomie aus der Kritik an der Traditionellen Wirtschaftstheorie:	7
2.4	Die Varianten Politischer Ökonomie	9
3	DIE ÖKONOMISCHE THEORIE DER POLITIK ODER NEUE POLITISCHE ÖKONOMIE	10
3.1	Einleitung und Abgrenzung des Begriffs	11
3.2	Die Entwicklung und Vorläufer der Ökonomischen Theorie der Politik	13
3.3	Die wichtigsten Forschungsbereiche der Ökonomischen Theorie der Politik oder Neuen Politischen Theorie	13
3.3.1	Die Kollektive Entscheidung in einer demokratischen Gesellschaft	13
3.3.2	Die Ökonomische Theorie der Gruppen	15
3.3.3	Die Ökonomische Theorie der Bürokratie	16
3.3.4	Regierung, Parteien und Wähler	17
3.4	Politisch Ökonomische Gesamtmodelle	18
3.4.1	Die Theoretisch Orientierten Modelle	18
3.4.2	Die Politometrisch Orientierten Modelle	19
3.5	Politisch-Ökonomische Konjunkturzyklen	20
3.5.1	Die Geschichte des politischen Konjunkturzyklus, seine Anfänge	21
3.5.2	Die Political-Business-Cycle-Theorie	23
3.5.3	Die Partisan-Theorie	25
3.5.4	Das Frey-Schneider-Modell	26
3.5.5	Die Rational-Political-Business-Cycle-Theorie	28
3.5.6	Die Rationale-Partisan-Theorie	30
4	DAS FREY-SCHNEIDER-SIMULATIONSMODELL	32
4.1	Der wirtschaftliche Teil	34

4.2	Der Politische Teil	43
5	FALLSTUDIE	51
5.1	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1966 und 1970	53
5.2	Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1970 und 1971	56
5.3	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1971 und 1975	57
5.4	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1975 und 1979	59
5.5	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1979 und 1983	61
5.6	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1983 und 1986	63
5.7	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1986 und 1990	65
5.8	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1990 und 1994	68
5.9	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1994 und 1995	70
5.10	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1995 und 1999	71
5.11	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1999 und 2002	73
5.12	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 2002 und 2006	75
5.13	Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 2006 und 2008	77
5.14	Ein Ausblick auf die Zeit nach den Wahlen 2008 in Richtung Nationalratswahlen 2013	78
6	SCHLUSSBETRACHTUNG	79

1 Einleitung

Das erste Kapitel dieser Arbeit dient dazu einen kurzen Überblick über die Motive die zu dieser Arbeit geführt haben zu geben. Es wird kurz auf die Ziele eingegangen, die mit dieser Arbeit verfolgt werden und welche Aufschlüsse man sich von der Arbeit erhofft. Abschließend wird ein Überblick darüber gegeben, wie die Arbeit aufgebaut und strukturiert ist.

1.1 Motivation der Arbeit

Man liest in den Zeitungen sehr oft von Konjunkturschwankungen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft und auf das Leben der Bevölkerung. Dies ist ein sehr interessantes und auch komplexes Thema. In dieser Arbeit gehe ich vor allem auch auf den Punkt ein, in wieweit die Politik etwas mit den Konjunkturschwankungen zu tun hat. Es stellen sich da viele Fragen, wie etwa kann die Politik aktiv auf die Konjunktur einwirken um von einem positiven Verlauf zu profitieren? Und vor allem auf welche Art und Weise können die Politik respektive die Regierung auf die Konjunktur einwirken? Gibt es dabei eine gewisse Nachhaltigkeit oder können nur kurzfristige Reaktionen erzielt werden? Wie sehen politisch verursachte Konjunkturzyklen aus? Können Konjunkturschwankungen auch anders verursacht werden, und wenn ja wie? Es wird in dieser Arbeit versucht einige dieser Fragen zu beantworten und das Thema etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

1.2 Zielsetzung der Arbeit

Das Ziel der vorliegenden Diplomarbeit ist es, motiviert durch die weltweit wachsende Bedeutung von politischen Konjunkturzyklen und die vergleichsweise geringe Berücksichtigung von Simulationsmodellen, die teilweise bereits vollständig in Vergessenheit geratenen scheinen, ein bereits bestehendes Modell zur Berechnung von Konjunkturschwankungen, von Bruno S. Frey und Friedrich Schneider zu modellieren, und dieses an die heutigen Gegebenheiten etwas anzupassen und mit aktuellen Zahlen zu versorgen.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Thematik des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft am Beispiel politisch verursachter Konjunkturzyklen wird in dieser Arbeit in vier aufeinander aufbauenden, allerdings perspektivisch unterschiedlichen Teilen erarbeitet.

Kapitel 2 dient als allgemeine Hinführung zur Thematik und bildet den Rahmen für die nachfolgenden Kapitel. Es wird allgemein das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft umrissen, und dann im Speziellen auf die Renaissance der Politischen Ökonomie, welche die Beziehung von Wirtschaft und Politik wissenschaftlich wieder in den Vordergrund gerückt hat, eingegangen. Es werden die Kritikpunkte der modernen Politischen Ökonomie, an der bis dahin maßgeblichen traditionellen Wirtschaftstheorie, beleuchtet und abgearbeitet. Und abschließend wird ein kurzer Überblick über die verschiedenen Varianten, Strömungen und Ausprägungen der Politischen Ökonomie gegeben.

Ziel von Kapitel 3 ist es sich etwas mehr in die Materie zu vertiefen, und sich mit der Ökonomischen Theorie der Politik, die auch unter dem Begriff Neue Politische Ökonomie bekannt ist, zu beschäftigen. Es wird auf die Entwicklung,

die Geschichte und die Vorläufer der Ökonomischen Theorie der Politik eingegangen, und im Anschluss werden dann die wichtigsten Forschungsbereiche der Neuen Politischen Ökonomie kurz umrissen. Es werden politisch ökonomische Gesamtmodelle gezeigt, und wie diese aufgebaut und strukturiert sind. Es wird dann näher auf Politisch Ökonomische Konjunkturzyklen eingegangen, zu denen es einige Theorien zu deren Berechnung gibt, diese werden umrissen und es wird auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der einzelnen Theorien hingewiesen.

In Kapitel 4 wird dann eine der zuvor besprochenen Theorien für Politisch Ökonomische Konjunkturzyklen ausgewählt, und genauer erklärt, dabei handelt es sich um das Simulationsmodell von Bruno S. Frey und Friedrich Schneider. Dieses Modell besteht aus 36 Gleichungen, die in einen wirtschaftlichen und einen politischen Teil gegliedert sind, die allesamt in diesem Kapitel dargestellt und erklärt werden.

Schließlich wird in Kapitel 5 das Frey-Schneider-Modell in einer Fallstudie an realistischen Daten von Österreich in der Zeit von 1966 bis 2011 erprobt, und es wird versucht gewisse Aussagen und Theorien die das Frey-Schneider-Modell zuvor getroffen wurden Anhand dieser Fallstudie zu bestätigen oder eben auch zu widerlegen.

2 Thematische Einordnung

In dem nun folgenden Kapitel geht es darum sich mit dem Thema Politik und Wirtschaft auseinander zu setzen, gewisse Verknüpfungen zwischen den beiden Bereichen herzustellen und zu beleuchten. Es werden einige Forschungsbereiche und wissenschaftliche Ansätze beschrieben und diskutiert, die sich mit der Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik beschäftigen.

2.1 Die Beziehung Wirtschaft und Politik

Der Staat übt auf das Geschehen in der Wirtschaft einen sehr großen Einfluss aus, und auch umgekehrt bestimmen wirtschaftliche Faktoren viele Gebiete der Politik. Diese enge Verbindung zwischen der Wirtschaft und dem Staat und damit auch zwischen der Wirtschaft und der Politik, stellen ein wichtiges Kennzeichen moderner Gesellschaften dar. Diese Beobachtung kann man sowohl in Demokratien wie auch in Diktaturen machen, es hängt auch nicht davon ab wie weit die Staaten wirtschaftlich entwickelt sind, diese Verbindung ist in Industriestaaten wie auch in Entwicklungsstaaten in einer sehr ausgeprägten Form zu sehen.

Als Beispiele kann man hier anführen, dass das Angebot an Infrastrukturleistungen zum größten Teil politisch bestimmt wird, wie das Verkehrssystem, das Rechtssystem oder auch das Ausbildungs- und Gesundheitssystem. Gewisse Wirtschaftssektoren hängen fast ausschließlich von öffentlichen Aufträgen ab, wie zum Beispiel die Rüstungsindustrie. Der Staat verteilt über die Sozialversicherung einen beträchtlichen Teil des Primäreinkommens für verschiedenste Zwecke um, an private Haushalte, Unternehmungen und Organisationen. Der Staat ist auch verantwortlich für die Stabilisierung der Konjunktur es wird von den Regierungen erwartet die Inflation und auch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und in einer akzeptablen Höhe zu halten. Schlägt dies fehl, zieht die Bevölkerung die Regierung hierfür bei der nächsten Wahl zur Verantwortung. Des Weiteren ist der Staat maßgeblich für das Wirtschaftswachstum verantwortlich¹.

¹ Vgl. dazu Frey, Bruno S.; Pommerehne, Werner W.: Ökonomische Theorie der Politik (1979), S. 1ff.

2.2 Die Renaissance der Politischen Ökonomie

Anfang der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts kam es zu einer Renaissance der Politischen Ökonomie. Die Politische Ökonomie hat einen gewaltigen Aufschwung erlebt, ein wichtiger Grund dafür war der Bruch mit der bis dahin dominierenden abstrakten ökonomischen Modelltheorie. Die Moderne Politische Ökonomie stützt sich weniger auf alte Theorien, viel mehr versucht sie mit Hilfe eines modernen theoretischen Instrumentariums, durch die Berücksichtigung politischer Elemente, die Enge der reinen Ökonomie zu überwinden. Die Moderne Politische Ökonomie fordert, dass sich die Wirtschaftswissenschaften stärker mit den wichtigen Problemen der Gegenwart befassen sollen, als wichtigste Aufgabe sieht sie die Herstellung eines Bezugs zur Politik. Die meisten Ansätze der Modernen Politischen Ökonomie können mit fundierten Analysen aufwarten².

2.3 Die Entstehung der Modernen Politischen Ökonomie aus der Kritik an der Traditionellen Wirtschaftstheorie:

Die Moderne Politische Ökonomie ist aus der Kritik an der bis dato vorherrschenden Wirtschaftstheorie entstanden, die Kritikpunkte von einst werden kurz aufgezählt und besprochen.

Die Qualität und Aussagekraft der traditionellen Wirtschaftstheorie wurde auf Grund der Überbetonung der Knappheit und des zu großen Einflusses der Technik beanstandet. In der traditionellen Wirtschaftstheorie wurde das Wirtschaftswachstum im Gleichgewicht ausschließlich auf die tendenzielle Überwindung der Knappheit durch den Einsatz des technischen Fortschritts

² Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 357

zurück geführt³. Wichtige Elemente wie Macht, Interesse und Konflikt wurden von der traditionellen Wirtschaftstheorie fast völlig außer Acht gelassen.

Ein weiterer Kritikpunkt der Modernen politischen Ökonomie an der traditionellen Wirtschaftstheorie war die übertriebene Formalisierung und die Eigendynamik der Theorie.

Des Weiteren wurden nach damaliger Meinung entscheidende Probleme nicht beachtet oder stark vernachlässigt. Es gab zum Beispiel eine respektable normative Mikrotheorie auf dem Gebiet der Externalitäten⁴ und öffentlichen Gütern, die sich jedoch rein auf Marktprozesse konzentrierte und daher nur sehr schlechte Aussagen über faktische Prozesse lieferte. Auch war eine sinnvolle Beschäftigung mit den wirtschaftspolitisch so wichtigen Fragen normativer Einkommensverteilung, wegen der Konzentration auf Effizienzprobleme weitgehend unterlassen worden.

Es wurde auch von einem Versagen des wirtschaftspolitischen Instrumentariums der Fiskal- und Geldpolitik zur Bekämpfung der Inflation in der traditionellen Wirtschaftstheorie gesprochen. Es haben auch die Techniken zur Effizienzsteigerung der staatlichen Tätigkeit, wie zum Beispiel die Nutzen-Kosten-Analyse, die Finanzplanung und das Programmbudget, bei weitem die Erwartungen nicht erfüllt.

Die oben angeführten Kritikpunkte und Mängel der traditionellen Nationalökonomie ließen sich, aus Sicht der damaligen Pioniere der Neuen Politischen Ökonomie, nur mit Hilfe selbiger überwinden, denn es handelte sich um Probleme bei denen politische und wirtschaftliche Einflüsse untrennbar miteinander verbunden sind und eine gegenseitige Wirkung auf einander haben.

³ Vgl. dazu Bombach, Gottfried: Von der Neoklassik zur modernen Wachstums- und Verteilungstheorie (1964), S. 399ff.

⁴ Man spricht von einer **Externalität**, wenn das Wohlbefinden (der Nutzen) einer Person oder die Produktionsmöglichkeiten und Profite eines Unternehmens von der Aktion einer anderen Person oder Firma **direkt** (negativ oder positiv) beeinflusst werden

2.4 Die Varianten Politischer Ökonomie

Durch das Bewusstsein dieser Unzulänglichkeiten der traditionellen Wirtschaftstheorie entstanden viele verschiedene Strömungen und Varianten Politischer Ökonomie die sich mit unterschiedlichen Aspekten dieser Interdependenz von Wirtschaft und Politik auseinandergesetzt haben⁵.

Einige Varianten beschäftigen sich rein mit einer Kritik an den bestehenden Varianten und versuchen so die Grundlagen zu einer aussagefähigen Ökonomie zu schaffen. Andere wiederum setzen ihr Hauptaugenmerk auf die Betrachtung der gegenseitigen Abhängigkeit von Politik und Wirtschaft. Auch beschäftigen sich einige Varianten mit einer reinen Politikberatung, diese versuchen die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Realität zu verbessern, hierbei wird hauptsächlich versucht die Wirtschaftspolitik zu optimieren. Die letzte Strömung, auf die später noch viel detaillierter eingegangen wird, versucht eine Verbindung von einer einheitlichen Methode und der daraus resultierenden Gemeinsamkeit ökonomischer und politischer Theorie herzustellen⁶.

Eine detaillierte Betrachtung aller Strömungen und Varianten ist für diese Arbeit nicht relevant, es wird daher auf den Artikel von Bruno S. Frey: Die Renaissance der Politischen Ökonomie, in: Schweizer Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik aus dem Jahr 1974 verwiesen, aus dem auch die nachstehende Tabelle mit der Auflistung aller Strömungen stammt⁷.

⁵ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 359

⁶ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 360

⁷ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 361

Varianten Politischer Ökonomie

Ansatzpunkte	Varianten	Einige Hauptvertreter
A. Kritik der bestehenden Wirtschaftstheorie	I. Ökonomische «Klassiker»	
	(a) England	Smith, Ricardo
	(b) Deutschland	List
	II. Alte Linke und orthodoxe Marxisten	Marx, Engels, Lenin
B. Gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik	III. Neue Linke und «Radicals»	Gurley, O'Connor; Altwater, Hufschmid, Hirsch
	IV. Cambridger Kapitaltheorie (Neo-Keynesianer, Neo-Ricardianer, Neo-Marxisten)	Sraffa, Joan Robinson, Pasinetti, Nuti
	V. Politische Ökonomie der Unorthodoxie	Galbraith, Boulding, Rostow, Hirschman; Schumpeter, Preiser, Salin, Rothschild v. Eynern
	VI. Politische Wirtschaftslehre	
C. Politikberatung	VII. Moderne Wirtschaftspolitik	Heller, Okun, Schulze; Sachverständigenrat
D. Einheitliche Methode und Gemeinsamkeit ökonomischer und politischer Theorie	VIII. Policy Science	Lasswell, Dror; Böhrer
	IX. Systemtheorie, Systemdynamik	Bertalanffy, Wiener, Deutsch, Easton, Forrester; Luhmann, Naschold, Scharpf
	X. Ökonomische Theorie der Politik oder Neue Politische Ökonomie	Arrow, Buchanan, Downs, Tullock, Olson; Bernholz, Streissler, Liefmann-Keil

Abbildung 2.4.: Varianten Politischer Ökonomie⁸

3 Die Ökonomische Theorie der Politik oder Neue Politische Ökonomie

In dieser Arbeit werden wir uns vornehmlich mit der Ökonomischen Theorie der Politik beschäftigen, die auch oftmals als Neue Politische Ökonomie bezeichnet wird.

⁸ Abbildung: Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 361

3.1 Einleitung und Abgrenzung des Begriffs

Schon in der griechischen und römischen Antike befassten sich immer neue Wissenschaften mit dem Phänomen der Politik. Nach der Philosophie, der Theologie, der Rechtswissenschaft und der Geschichtsschreibung untersuchten auch die Soziologie, die Psychologie, die Psychoanalyse, die Ethnologie, die Anthropologie, die Sozialpsychologie, die Linguistik und andere Wissenschaften die Politik. Seit einigen Jahrzehnten beschäftigt sich auch die Wirtschaftswissenschaft mit dem Phänomen der Politik.

Die Wirtschaftswissenschaft fügt sich dabei in eine Jahrtausende alten Reihe von Denkrichtungen ein, die beachtliche Erkenntnisse und Einblicke erarbeitet haben, von denen heute noch viele ihre Gültigkeit haben. Die Wirtschaftswissenschaft muss sich daher die Frage gefallen lassen, in welcher Art und Weise sich ihr Zugang zur Politik von den Ansätzen der anderen Disziplinen unterscheidet. Und im speziellen muss sie darlegen, welche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse sie und nur sie in der Lage ist zu ermöglichen.

Die Neue Politische Ökonomie wendet Denkweisen und Analysetechniken der modernen Wirtschaftstheorie auf den politischen Bereich an⁹. Die Neue Politische Ökonomie versteht sich als Reaktion auf eine Wirtschaftswissenschaft, die die formale Eleganz entscheidungslogischer Kalküle gegenüber der Beschäftigung mit dringenden Problemen gegenwärtiger Gesellschaften zu hoch einschätzt und deshalb die Beziehung von Wirtschaft und Politik vernachlässigt.¹⁰ Diese Variante der Politischen Ökonomie versucht die in der Wissenschaft durchgeführte Trennung zwischen Wirtschaft und Politik zu überwinden. Methodisch wird diese Integration unter zu Hilfenahme der modernen Wirtschaftstheorie üblichen Denkweisen und Techniken durchgeführt, dabei werden Elemente der Neoklassik verwendet, wie auch Ansätze der Unorthodoxen

⁹ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 386

¹⁰ Vgl. dazu Frey, Bruno S.; Meißner Werner: Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie Marxismus und ökonomische Theorie der Politik (1974), S. 7

berücksichtigt. Die stärksten Impulse kommen dabei von der Finanzwissenschaft, der Mikroökonomie und der Wohlfahrtstheorie¹¹.

Ebenso wie in der Wirtschaftstheorie wird das Individuum als letztlich bestimmender Entscheidungsträger gesehen. Der Staat und die Regierung, wie auch die Parteien und die Verbände, stellen keine organischen Einheiten dar, die auf unerklärliche Weise über den einzelnen Menschen stehen. Es wird angenommen, dass jedes Individuum individuell und rational handelt, um seinen Eigennutzen zu maximieren. In der Ökonomischen Theorie der Politik wird untersucht wie staatliche Entscheidungen durch das Zusammenwirken verschiedener Personen und Institutionen zustande kommen. Das hat aber nicht zur Folge, dass auf eine Analyse des Handelns von kollektiven Einheiten verzichtet wird, doch wird in den Vordergrund gestellt, dass deren Verhalten als Ergebnis des Zusammenspiels untergeordneter Einheiten und letztendlich der einzelnen Individuen erklärbar bleibt¹².

Zusammengefasst kann man den Begriff Neue Politische Ökonomie in seiner ursprünglichen Ausprägung als gemeinsamer Begriff für Theorien und Forschungsgebiete definieren, welche das Instrumentarium der modernen, hauptsächlich neoklassischen, Wirtschaftstheorie verwenden. Im Detail werden der methodologische Individualismus, das rationale Verhalten sowie das Eigeninteresse beziehungsweise Eigennutzaxiom, für die Erklärung wirtschaftspolitischer Strukturen und Prozesse angewandt. Bei dieser Betrachtung stehen die wechselseitigen Beziehungen von Wirtschaft und Politik in Vordergrund. Als Namensgeber für den Begriff Neue Politische Ökonomie können für den deutschen Sprachraum Bruno S. Frey und Gebhard Kirchgässner genannt werden¹³

¹¹ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 390

¹² Vgl. dazu Frey, Bruno S.; Pommerehne, Werner W.: Ökonomische Theorie der Politik (1979), S. 12ff.

¹³ Vgl. dazu Behrends, Sylke: Neue Politische Ökonomie (2001), S. 1

3.2 Die Entwicklung und Vorläufer der Ökonomischen Theorie der Politik

Als Vorläufer für die Ökonomische Theorie der Politik darf man Wicksell (1896)¹⁴ nennen, der sich mit Abstimmungsregeln befasst hat, und auch Schumpeter (1942)¹⁵, der das Stimmen maximierende Verhalten von Regierungen erkannte. Weitere wichtige Beiträge zu diesem Thema stammen aus anderen Zweigen der Wirtschaftswissenschaften, zu nennen sind hier Arrow (1951 und 1963)¹⁶, Black (1958)¹⁷, Buchanan und Tullock (1962)¹⁸ und Olson (1965)¹⁹. Am bekanntesten und mit dem meisten Einfluss auf die nachfolgende Entwicklung²⁰ ist aber wohl Downs mit seiner Arbeit zur Theorie der Demokratie (1957)²¹. Auf diese wichtigen Beiträge wird im nachfolgenden Teil, wo die wichtigsten Forschungsbereiche der Ökonomischen Theorie der Politik besprochen werden, genauer eingegangen.

3.3 Die wichtigsten Forschungsbereiche der Ökonomischen Theorie der Politik oder Neuen Politischen Theorie

In der Folge wird nun auf die vier wichtigsten Forschungsgebiete der Ökonomischen Theorie der Politik eingegangen.

3.3.1 Die Kollektive Entscheidung in einer demokratischen Gesellschaft

Dieses spezielle Problem kann wiederum in vier verschiedene Aspekte aufgeschlüsselt werden.

¹⁴ Vgl. dazu Wicksell, Knut: Finanztheoretische Untersuchungen (1896)

¹⁵ Vgl. dazu Schumpeter, Joseph A.: Capitalism, Socialism and Democracy (1942)

¹⁶ Vgl. dazu Arrow, Kenneth J.: Social Choice and Individual Values (1951), Second Edition (1963)

¹⁷ Vgl. dazu Black, Duncan: The Theory of Committees and Elections (1958)

¹⁸ Vgl. dazu Buchanan, James M. und Tullock Gordon: The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy (1962)

¹⁹ Vgl. dazu Olson, Mancur: The Logic of Collective Action (1965)

²⁰ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 390

²¹ Vgl. dazu Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy (1957)

3.3.1.1 Das logische Grundproblem: Die Präferenzaggregation

Der Begriff kann abstrakt als Verfahren zur Bildung kollektiver Entscheidungen auf Grundlage individueller Präferenzen verstanden werden. Die Berücksichtigung der Wünsche der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft ist in den Mittelpunkt zu stellen. Das Erreichen einer gemeinschaftlichen Entscheidung ist gleichbedeutend mit der Ableitung einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion²².

3.3.1.2 Das Abstimmungsparadoxon

Eine wichtige Frage bei diesem Aspekt ist, ob bei einer einfachen Mehrheitsregel die Bildung einer aggregierten Wohlfahrtsfunktion möglich ist. Black (1958) und Arrow (1951 und 1963) haben mit Hilfe der mathematischen Logik einen überzeugenden allgemeinen Beweis geliefert, dass Mehrheitsabstimmungen zu inkonsistenten Ergebnissen führen können. Ein Abstimmungsparadoxon liegt vor, wenn es unmöglich ist einen eindeutigen Gewinner einer Wahl oder einer Entscheidung zu ermitteln, das heißt einen Gewinner, der nicht wieder von einer anderen Alternative geschlagen werden kann²³. Aus diesem Grund wird auch von einer zyklischen Mehrheit gesprochen²⁴.

3.3.1.3 Die Abstimmungsregeln und ihre Verfassung

In der Realität gibt es unterschiedliche Mehrheitsregeln, die häufigste ist die einfache Mehrheit. Es gibt aber auch andere wie zum Beispiel die Zweidrittelmehrheit oder Dreiviertelmehrheit oder auch andere Arten einer qualifizierten Mehrheit. Es stellt sich daher die Frage wie groß soll die

²² Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 392

²³ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 392ff.

²⁴ Vgl. dazu Frey, Bruno S.; Pommerehne, Werner W.: Ökonomische Theorie der Politik (1979), S. 14

notwendige Mehrheit für eine gemeinschaftliche Entscheidung sein? Und wie soll über diese Mehrheitsregel entschieden werden. An diese zwei Fragen wird in der Neuen Politischen Ökonomie mit zwei unterschiedlichen Ansätzen heran gegangen. Zum einen gibt es den normativen Ansatz, bei ihm werden die wünschbaren Bedingungen von außen vorgegeben, und es wird versucht heraus zu finden, welche Entscheidungsmehrheit diese Kriterien erfüllt. Auf der anderen Seite kann man auch den individualistischen Ansatz zur Lösung dieses Problems verwenden, hier wird die Beurteilung der Wünschbarkeit der gesellschaftlichen Entscheidungsregel aus der Sicht eines rationalen Individuums, dass Nutzen maximierend denkt, vorgenommen²⁵.

3.3.1.4 Die Erklärende Analyse

Die Ökonomische Theorie der Politik versucht Voraussagen über Abstimmungsergebnisse zu machen.

3.3.2 Die Ökonomische Theorie der Gruppen

Dieser Teil der Ökonomischen Theorie ist ganz eng mit der modernen Finanzwissenschaft verbunden, da der Zusammenhang mit den öffentlichen Gütern untersucht wird. Die öffentlichen Güter stehen allen Konsumenten zur Nutzung zur Verfügung, deshalb wird niemand der rational handelt einen Beitrag zu dessen Angebot leisten, daher werden sie in zu geringem Ausmaß bereitgestellt. Es kann für alle daher von Vorteil sein einen Konsens über einen verpflichtenden Kostenbeitrag für die öffentlichen Güter zu schließen, und somit Menschen die versuchen das System auszunutzen auf diese Weise auszuschließen. Angewandt wurde diese Theorie vor allem auf die wichtige Gruppe der Gewerkschaften, die öffentliche Güter in Form von Lohnerhöhungen

²⁵ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 393ff.

durchsetzen sollen, die dann allen Arbeiter zu Gute kommen²⁶. Diese Grundlagen der Ökonomischen Theorien der Gruppen ist weitgehend dem Artikel von Olsen „Die Logik des Kollektiven Handelns Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen“ (1965)²⁷ entsprungen. Es wird darin verdeutlicht, dass gemeinsame Interessen keine ausreichende Bedingung für eine Gruppenbildung darstellen, und dass die Chancen zur Vereinigung in einer Gruppe ungleich verteilt sind. Es lassen sich zum Beispiel einfacher die Interessen der Produzenten in Gruppen organisieren als jene etwa der Konsumenten oder der Steuerzahler. Interessengruppen sollten daher immer im politischen Gesamtzusammenhang gesehen werden²⁸

3.3.3 Die Ökonomische Theorie der Bürokratie

Die Bürokratie ist in einer modernen Gesellschaft weitgehend unabhängig und gehorcht ihren eigenen Gesetzen. Für die staatliche Bürokratie wurde angenommen, dass ihre Mitglieder ausschließlich das Wohl der Bevölkerung im Auge haben. Doch die Politische Ökonomie unterstellt den Beamten dass sie im Eigeninteresse handeln. Ein Beamter wird daher versuchen alles dafür zu tun seine Aufstiegchancen zu fördern und alles zu unterlassen was diese beeinträchtigen würden, auch wenn sein Handeln für die Allgemeinheit einen Nachteil bedeuten würde. Ein Beamter wird zum Beispiel an jeder Vergrößerung seiner Abteilung interessiert sein auch wenn dies die Ausgaben im Budget unnötig erhöht²⁹.

²⁶ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 397ff.

²⁷ Vgl. dazu Olsen, Mancur: The Logik of Collective Action (1965)

²⁸ Vgl. dazu Frey, Bruno S.; Pommerehne, Werner W.: Ökonomische Theorie der Politik (1979), S. 22ff.

²⁹ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 398

3.3.4 Regierung, Parteien und Wähler

In diesem Forschungsbereich der Ökonomischen Theorie der Politik geht es um die Erstellung von Verhaltenshypothesen für Regierungen und Parteien auf der einen Seite, und für die Wählerschaft auf der anderen Seite.

3.3.4.1 Verhaltenshypothesen für Regierungen und Parteien

Bis zum Zeitpunkt der Renaissance der Politischen Ökonomie wurde in der herkömmlichen Ökonomie unterstellt, dass der Staat oder die Regierung immer bestrebt sind die Wohlfahrt und den Nutzen der Bevölkerung zu maximieren. Ein sehr wichtiger Beitrag der Neuen Politischen Ökonomie besteht darin, diese Annahme zur Beschreibung der Wirklichkeit zu hinterfragen. Downs war (1957)³⁰ der erste, der diese Annahme mit seiner Hypothese der Stimmenmaximierung der Politiker hinterfragt hat. Er betrachtet den Staat und die Regierung als Institution, die sich aus Individuen zusammensetzen, die letztlich nur auf ihren Eigennutzen bedacht sind³¹. Die maßgebliche Hypothese von Downs-Modell besagt, dass die Parteien eher Politik machen um Wahlen zu gewinnen, als Wahlen gewinnen um Politik zu machen³².

3.3.4.2 Verhaltenshypothesen für die Wähler

Bei dieser Hypothese wird dem Wähler gleich wie vorhin dem Politiker ein Nutzen maximierendes und rationales Verhalten unterstellt. Der Wähler entscheidet sich beim Urnengang für diejenige Partei, deren Programm, deren bisherige Leistungen und deren zu erwartenden Handlungen dem Wähler den größten Nutzen und Gewinn einbringen. Der Wähler reagiert hierbei auf durch die

³⁰ Vgl. dazu Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy (1957)

³¹ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 395

³² Vgl. dazu Müller, Dennis C.: Public Choice III (2003), S. 230

Regierungspolitik verursachte Veränderungen wirtschaftlicher Variablen, wie etwa sein Einkommen, die Inflationsrate und die Arbeitslosenrate³³.

3.4 Politisch Ökonomische Gesamtmodelle

Bezug nehmend auf das Verhalten von Parteien und Wähler können Modelle entwickelt werden, die sowohl den politischen als auch den wirtschaftlichen Bereich einer Gesellschaft abdecken. Man kann hier grob zwischen zwei Ansätzen unterscheiden, zum einen gibt es die Theoretisch orientierten Modelle zum anderen kennen wir die Politometrisch orientierten Modelle.

3.4.1 Die Theoretisch Orientierten Modelle

Hier kann ich wiederum auf Downs (1957) verweisen, der das grundlegende Modell zweier um die Gunst der Wähler konkurrierender Parteien entworfen hat. Eine Analogie zum Wettbewerb auf dem Gütermarkt ist hierbei augenscheinlich. Denn auch hier kommt es durch die Konkurrenz und unter vollständiger Information der Wähler zu einem Pareto-optimalen Zustand. Der Wähler kann gleich wie der Konsument nicht benachteiligt werden, indem ein Wahlprogramm angeboten und durchgeführt wird, das nicht vollständig seinen Präferenzen entspricht. Gerade das eigennützige Handeln der Politiker führt zur Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt. Dies ist abermals ein Ergebnis, welches den üblichen Auffassungen vollkommen widerspricht.

Diese Modelle sind aber doch ziemlich limitiert, da es sich weniger um Abbildungen der Wirklichkeit handelt, als viel mehr um logische Untersuchungen der Konsequenzen bestimmter Verhaltensannahmen. Es lassen sich aber daraus einige Beobachtungen erklären wie etwa, dass in einem Zweiparteiensystem sehr ähnliche Wahlprogramme im Median der Wählerpräferenzen angeboten werden.

³³ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 396

Entfernt sich eine Partei zu weit von diesem Mittelwert der Wählerpräferenzen hat sie bei der anstehenden Wahl mit einer empfindlichen Niederlage zu rechnen³⁴.

3.4.2 Die Politometrisch Orientierten Modelle

Bezug nehmend auf den Begriff Ökonometrie kann Politometrie als statistische Schätzung mathematischer Modelle in der Politischen Ökonomie aufgefasst werden. Politometrische Modelle beabsichtigen die gegenseitige Abhängigkeit von wirtschaftlichen und politischen Bereichen zu untersuchen und auf möglichst realistische Weise diese in einem Modell zu erfassen. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staat, wobei die Regierung eine dominante Rolle einnimmt. Die am häufigsten auftretende Beziehung die bei diesen Modellen betrachtet wird ist jene zwischen der Arbeitslosigkeit und der Inflation³⁵. Wenn man annimmt, dass das Ziel einer jeden Regierung die Maximierung ihrer Stimmen ist, kann man daraus folgern, dass in einem langfristigen Gleichgewicht über mehrere Wahlperioden eine extrem kurzfristige Politik mit einer viel zu hohen Inflation und einer viel zu geringen Arbeitslosigkeit von der Regierung gewählt wird³⁶. Wenn jedoch die Regierung nicht ihren Stimmanteil maximieren, sondern so lange wie möglich ununterbrochen regieren will, dann verändert sich die Kombination der gewählten Arbeitslosigkeit und Inflation in Richtung des gesellschaftlichen Optimums. Es ist auch in der Wirklichkeit nicht zwingend dass Regierungen nur das kurzfristige Ziel der Stimmenmaximierung im Auge haben, sie können auch durchaus vorausschauend handeln³⁷.

Bei Politisch Ökonomischen Gesamtmodellen, die versuchen den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik auf eine komplexere Art und Weise zu erfassen,

³⁴ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Die Renaissance der Politischen Ökonomie (1974), S. 396ff.

³⁵ Vgl. dazu Frey, Bruno S.; Pommerehne, Werner W.: Ökonomische Theorie der Politik (1979), S. 24ff.

³⁶ Vgl. dazu Nordhaus, William D.: The Political Business Cycle, No 42, (1975) S. 169ff

³⁷ Vgl. dazu Frey, Bruno S.; Ramser Hans J.: The Political Business Cycle: Comment, No 43, (1976), S. 553ff.

wird anstelle einer Wahlfunktion eine Popularitätsfunktion verwendet. Die Popularitätsfunktion gibt den laufenden Einfluss wirtschaftlicher Faktoren, wie zum Beispiel der Inflationsrate der Arbeitslosenrate und des verfügbaren Einkommens, auf die von Meinungsforschungsinstituten erhobene Regierungs- und Parteienpopularität an. Diese Popularitätswerte werden dann als laufende Indikatoren für den Wahlausgang betrachtet, und dienen somit der Regierung als Grundlage zum Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente zur Sicherung ihrer Wiederwahl³⁸.

3.5 Politisch-Ökonomische Konjunkturzyklen

Politisch-Ökonomische Konjunkturzyklen entstehen, da Regierungen in Industriestaaten mit einer parlamentarischen Demokratie nach ihrer Wiederwahl streben. Die Regierungspartei versucht vor und während der Wahlen eine möglichst gute wirtschaftliche Konjunktur zu erreichen, damit die Wähler der Regierungspartei gut gesinnt sind und diese bei der anstehenden Wahl wählen. Durch dieses Verhalten greift die Regierung zyklisch in den Wirtschaftsablauf ein, denn wenn sich die wirtschaftliche Lage nach einer Wahl verschlechtert, besteht für die Regierungspartei nicht sofort die Notwendigkeit populäre Maßnahmen zu setzen, vielmehr kann die Regierungspartei ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf den nächsten Wahlzeitpunkt ausrichten. Das soeben beschriebene und rationale nachvollziehbare Verhalten von Regierungen ist einer der Hauptgründe für das Entstehen von Politisch-Ökonomischen Konjunkturzyklen³⁹.

Durch dieses Verhalten wird die Annahme benevolenter Politiker von den Vertretern der Theorie politischer Konjunkturzyklen in Frage gestellt, die

³⁸ Vgl. dazu Frey, Bruno S.; Pommerehne, Werner W.: Ökonomische Theorie der Politik (1979), S. 25ff.

³⁹ Vgl. dazu Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Konjunkturzyklen: Ein Simulationsmodell, (1974), S. 519ff

Politiker achten vielmehr auf ihren eigenen Vorteil, als auf eine gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion⁴⁰.

Konjunkturzyklen können auf zwei Arten verursacht werden, zum einen können sie bewusst und freiwillig verursacht werden, zum anderen können Konjunkturzyklen auch im Sinne des Monetarismus unbewusst erzeugt werden. Politische Konjunkturzyklen sind den bewusst und freiwillig verursachten Konjunkturzyklen zuzurechnen⁴¹. Es ist jedoch fest zu halten, dass selbst wenn eine Regierung in der Lage wäre eine Wirtschaft perfekt zu steuern, es dennoch Konjunkturschwankungen geben würde, eine Verringerung der Ausschläge der Konjunkturkurve wäre prinzipiell erreichbar, nicht aber eine vollkommene Glättung der Konjunkturschwankungen⁴².

3.5.1 Die Geschichte des politischen Konjunkturzyklus, seine Anfänge

Die Analyse politischer Konjunkturzyklen lässt sich zurückverfolgen bis zu Joseph Schumpeter (1939)⁴³ und in ihrer marxistischen Ausprägung bis zu Michal Kalecki (1943)⁴⁴. Schumpeters „Business Cycles: A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist“ beschäftigte sich mit der Studie von Konjunkturzyklen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland. Er versuchte die gesamte kapitalistische Epoche ab zu decken, was aber im nach hinein, wie Thomas McCraw in seinem Artikel „Schumpeters Business Cycles as Business History“ feststellt, als viel zu umfangreich und aufwendig für eine einzelne Person mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der damaligen Zeit war⁴⁵.

⁴⁰ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 7ff.

⁴¹ Vgl. dazu Frey, Bruno S.: Theorie und Empirie Politischer Konjunkturzyklen, (1976), S. 95ff.

⁴² Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 8ff.

⁴³ Vgl. dazu Schumpeter, Joseph A.: Business Cycles: A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist, (1939)

⁴⁴ Vgl. dazu Kalecki, Michal: Political Aspects of Full Employment, (1943)

⁴⁵ Vgl. dazu McCraw Thomas K.: Schumpeters Business Cycles as Business History, (2006), S. 233ff.

Kalecki beschäftigt sich in seinem Werk „Political Aspects of Full Employment“ mit einer politischen Theorie des Klassenkampfes, durch den politisch induzierte ökonomische Zyklen hervorgerufen werden, deren Länge aber nicht durch die Dauer einer Legislaturperiode bestimmt sind. In Kaleckis Theorie kommt es in kapitalistischen Wirtschaftssystemen zu periodischen Schwankungen der Arbeitslosigkeit, die von den Regierungen gesteuert werden, um die ansonsten zu militant werdende Arbeitnehmerschaft zu disziplinieren. Des Weiteren ist die von der „Kapitalistenklasse“ dominierte Regierung daran interessiert zyklische Schwankungen zu erzeugen, um nicht die Gewinnaussichten der Unternehmer durch eine zu lange andauernde Rezession zu schmälern. Sowohl das Werk von Schumpeter als auch das Werk von Kalecki hat jedoch keinen Einfluss auf die zeitgenössische ökonomische Modelbildung politischer Konjunkturzyklen⁴⁶

Die Analyse politischer Konjunkturzyklen geriet nach den Forschungen von Kalecki und Schumpeter für einige Zeit in Vergessenheit, und gelangte erst wieder Jahrzehnte später, Mitte der Siebziger Jahre, in den Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen und wissenschaftlicher Arbeiten. Hierbei lassen sich zwei Phasen der Theorieentwicklung unterscheiden, auf die im Folgenden genauer eingegangen werden soll. In der ersten Phase entstehen Theorien wie die Political-Business-Cycle-Theorie und die Partisan-Theorie, die von nicht-rationalen Erwartungen des privaten Sektors ausgehen. In der zweiten Phase werden Theorien entwickelt wie die Rational-Political-Business-Cycle-Theorie und die Rational-Partisan-Theorie, die sehr wohl von rationalen Erwartungen des privaten Sektors ausgehen. Und das Frey-Schneider-Modell steht in etwa in der Mitte dieser beiden Phasen, respektive Erwartungen.

⁴⁶ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 14

3.5.2 Die Political-Business-Cycle-Theorie

In der ersten Phase wurden polit-ökonomische Modelle mit nicht rationalen Erwartungen und einem systematisch nutzbaren Phillips-Trade-off entwickelt. Von besonders großer Bedeutung für diesen Bereich der Theorieentwicklung ist hier die Arbeit von William D. Nordhaus aus dem Jahr 1975 zum Thema „Political Business Cycle (PBC)“⁴⁷. Nordhaus unterstellt in seiner Arbeit der Regierung ein wiederwahlorientiertes Verhalten und kommt dabei zu bemerkenswerten Erkenntnissen⁴⁸.

Er geht auch von einer durch die amtierende Regierung direkt kontrollierbaren Inflationsrate aus. Mit Hilfe von adaptiven Erwartungen werden rückwärts schauende Wirtschaftssubjekte modelliert, die ihre Erwartungen bezüglich der Inflationsrate um einen konstanten Bruchteil des beobachteten Prognosefehlers der vorangegangenen Periode korrigieren. Die Erwartungen beziehen sich ausschließlich auf Vergangenheitswerte der Inflationsrate, was dazu führt, dass sich die Wirtschaftssubjekte nur sehr langsam an neue Ereignisse anpassen und daraus resultiert eine systematische Verzerrung relativer Preise, insbesondere der Reallöhne. Mittel- bis langfristig passt sich die erwartete Inflationsrate jedoch an die tatsächliche Inflationsrate an, was dazu führt, dass das System gegen die natürliche Arbeitslosenrate konvergiert⁴⁹.

Gleich wie bereits Anthony Downs (1957) in seinem Artikel „An Economic Theory of Democracy“ gehen die Vertreter der PBC-Theorie davon aus, dass die amtierende Regierung nicht versucht die gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion zu maximieren, sondern unter politischen und ökonomischen Nebenbedingungen ausschließlich eigennutzenorientiert handelt. Die amtierende Regierung versucht kurz vor den Wahlen, durch eine überraschende Erhöhung der Inflationsrate, und einer daraus resultierenden Ankurbelung der Wirtschaft, ihre Chancen auf eine

⁴⁷ Vgl. dazu Nordhaus, William D.: The Political Business Cycle, No 42, (1975)

⁴⁸ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 15

⁴⁹ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 16

neuerliche Wiederwahl zu erhöhen. Nach den Wahlen wird versucht die Inflationsrate durch eine rezessive Politik wieder zu senken, daraus resultiert aber wiederum eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Es ergibt sich wieder eine ähnliche Situation wie vor der letzten Wahl. Dies bringt die Regierungspartei wiederum in die Situation mit einer überraschenden Erhöhung der Inflationsrate vor der nächsten Wahl, gute Stimmung in eigener Sache zu machen und die Arbeitslosenrate wieder zu senken. Es wird erneut ein ähnlicher Trade-off wie vor der letzten Wahl von der Regierung angestrebt, was wirtschaftlich suboptimale und vermeidbare ökonomische Zyklen verursacht. Zu Beginn einer Legislaturperiode kommt es zu einer Rezession und am Ende derselben entsteht ein Wirtschaftsboom. Die Inflationsrate erreicht kurz vor oder nach den Wahlen ihren höchsten Wert und die Arbeitslosenrate ist zum selben Zeitpunkt am niedrigsten⁵⁰.

In diesem Modell wird unterstellt, dass die Regierung die makroökonomischen Variablen, die in die Nutzenfunktion der Wähler eingehen, direkt kontrollieren kann. Realistisch betrachtet sollte aber davon ausgegangen werden, dass die Regierung nur indirekt durch den Einsatz ihr zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Instrumenten, Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen nehmen kann⁵¹.

Ein bemerkenswerter Unterschied zur Partisan-Theorie die im Anschluss besprochen wird ist, dass sowohl Links- wie auch Rechts-Parteien sich über den gesamten Zyklus gesehen identisch verhalten. Dies liegt daran, dass sich beide Parteien mit ihrer Strategie an den Medianwähler annähern⁵². Das Medianwählertheorem basiert ebenfalls auf der Arbeit von Anthony Downs aus dem Jahr 1957 und besagt, dass in einem Zweiparteiensystem jene Partei die an

⁵⁰ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 17

⁵¹ Vgl. dazu Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Modelle: Ein theoretischer und empirischer Ansatz, (1978), S. 7

⁵² Vgl. dazu Nordhaus, William D.: The Political Business Cycle, No 42, (1975) S. 169ff.

der Macht ist, egal ob Linkspartei oder Rechtspartei, immer dieselbe Politik macht⁵³.

3.5.3 Die Partisan-Theorie

Die Partisan-Theorie oder auch Parteigänger-Theorie genannt, erklärt parteipolitische Konjunkturzyklen. Eine der wichtigsten Abhandlungen zu diesem Thema wurde in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geschrieben⁵⁴, und stammt vom Politologen Douglas A. Hibbs Jr.⁵⁵. Hibbs geht bei seiner Theorie im Gegensatz zu Nordhaus nicht von einer im Eigeninteresse handelnden Regierung aus. Seine Theorie beschäftigt sich mit ideologieorientierten Regierungen, die ähnlich wie in marxistischen Ansätzen sich an den Interessen der Gruppen orientieren. Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten mit der Nordhaus-Theorie, nämlich die Annahme nicht-rationaler Erwartungen⁵⁶.

Bei dieser Theorie wird versucht die Parteien als Interessensorganisationen spezifischer Wählerschichten zu interpretieren. Die Wähler sind in polarisierten Interessengruppen organisiert, die jeweils einen bestimmten Platz in der Verteilungshierarchie einnehmen. Da die in Interessengruppen organisierten Wähler für ihre Unterstützung bei den Wahlen eine Gegenleistung erwarten, sind die Parteien fast dazu verpflichtet ihren Wählern positive ökonomische Ergebnisse, wie Steuererleichterungen oder Förderungen, zukommen zu lassen, und können ihren Fokus nicht auf die Aussichten einer möglichen Wiederwahl bei den nächsten Wahlen richten⁵⁷.

Verschiedene Parteien versuchen daher unterschiedliche Interessensgruppen der Wähler mit ihrem Wahlprogramm und dessen Umsetzung anzusprechen. Aus diesem Grund und unter dieser Annahme, muss das der PBC-Theorie und der

⁵³ Vgl. dazu Alesina, Alberto: Macroeconomics and Politics, (1988), S. 15

⁵⁴ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 26

⁵⁵ Vgl. dazu Hibbs, Douglas R.Jr.: Political Parties and Macroeconomic Policies, (1977)

⁵⁶ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 15

⁵⁷ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 26

Rational-Political-Business-Cycle-Theorie, welche etwas später noch beschrieben wird, zugrunde liegende Medianwählertheorem verworfen werden, da unterschiedliche Parteien unterschiedliche Ziele und Strategien verfolgen wenn sie an der Macht sind, um ihr Wählersegment bestmöglich zu befriedigen⁵⁸.

Diese Annahme zeigt auch sofort eine Schwäche der Partisan Theorie auf, da es als unwahrscheinlich erscheint, dass Parteien ausschließlich an der Verfolgung ideologischer Ziele interessiert sind. Denn daraus könnte man folgern, dass die Regierungspartei nicht erkennen kann, dass ihre Wiederwahl eine entscheidende Bedingung für die langfristige Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele ist⁵⁹.

3.5.4 Das Frey-Schneider-Modell

Das Frey-Schneider-Modell (FS-Modell) aus dem Jahre 1976 von Bruno S. Frey und Friedrich Schneider wurden in einer Vielzahl von Artikel und Arbeiten der beiden Autoren diskutiert und beschrieben. Das Frey-Schneider-Modell ist in einem gewissen Maße eine Erweiterung der bislang beschriebenen Modelle der Partisan-Theorie und der Political-Business-Cycle-Theorie. Das FS-Modell versucht die oftmals in Konflikt geratenden Ziele der wiederwahlbezogenen Interessen und der ideologischen Interessen einer Regierung innerhalb eines umfassenden Ansatzes zu verbinden. Die Partisan-Theorie und die Political-Business-Cycle-Theorie werden gewissermaßen durch das neue Modell miteinander verflochten⁶⁰.

Es wird prinzipiell davon ausgegangen, dass eine Regierung primär ideologische Ziele verfolgt, doch ist sie in ihrem Handeln durch den Wunsch wiedergewählt zu werden beschränkt. Es ist für die Regierung sehr wichtig wiedergewählt zu werden um ihre ideologischen Interessen überhaupt verwirklichen zu können, da in der Opposition eine Durchsetzung ihrer ideologischen Interessen um vieles

⁵⁸ Vgl. dazu Alesina, Alberto: Macroeconomics and Politics, (1988), S. 15

⁵⁹ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 26

⁶⁰ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 19

schwieriger wäre, wenn nicht gar vollkommen unmöglich. Um die Wiederwahlwahrscheinlichkeit darstellen zu können verwenden Frey und Schneider eine Popularitätsfunktion der Regierung, welche aus Meinungsumfragen gewonnen wird. Für die Popularitätsfunktion muss zwischen zwei unterschiedlichen Konstellationen unterscheiden werden⁶¹.

Die erste Konstellation sieht wie folgt aus:

Der Wahltermin ist schon sehr nahe. Die Regierungspopularität befindet sich unter einem kritischen Niveau, das eine Wiederwahl ermöglichen würde. Daher versucht die amtierende Regierung ihre Popularität zu erhöhen. Entsprechend der Annahme hängt die Popularität der Regierung vom Zustand ökonomischer Variablen ab, wie zum Beispiel der Arbeitslosigkeit und der Inflation. Um ihre Popularität zu erhöhen setzt die Regierung unabhängig von ihren ideologischen Zielen wirtschaftspolitische Maßnahmen⁶².

Die zweite Konstellation schaut folgendermaßen aus:

Die Regierungspopularität liegt über besagtem kritischem Niveau, das eine Wiederwahl ermöglichen würde, und/oder der nächste Wahltermin liegt relativ weit in der Zukunft. Dies hat zur Folge, dass die Regierung genügend Handlungsspielraum hat um ihre rein ideologischen Ziele zu verfolgen⁶³.

Die Popularitätsfunktion stellt im Frey-Schneider-Modell die einzige Bewertung über die Arbeit der Regierung in der Vergangenheit durch die Wähler dar. Die Popularitätsfunktion erlaubt der Regierung bei Kenntnis ihrer Popularität, Entscheidungen zu treffen die ihre Wiederwahlwahrscheinlichkeit entscheidend erhöht⁶⁴.

⁶¹ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 19

⁶² Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 20

⁶³ Vgl. dazu Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Modelle: Ein theoretischer und empirischer Ansatz, (1978), S. 97

⁶⁴ Vgl. dazu Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Modelle: Ein theoretischer und empirischer Ansatz, (1978), S. 12

Auf das Frey-Schneider-Modell wird später, da es ja das Kernmodell dieser Arbeit ist, noch detaillierter eingegangen.

3.5.5 Die Rational-Political-Business-Cycle-Theorie

Als einer der wichtigsten Vertreter der Rational-Political-Business-Cycle-Theorie die Ende der 80er Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts entstanden ist, kann Kenneth Rogoff⁶⁵ genannt werden, er hat auch zusammen mit Anne Sibert⁶⁶ im Jahr 1988 eine Arbeit verfasst. Weitere wichtige Vertreter dieser Theorie sind Alex Cuikerman und Allan H. Meltzer⁶⁷, Joseph E. Harrington⁶⁸ und Torsten Persson, Guido Tabellini⁶⁹.

In der Rational-Political-Business-Cycle-Theorie wird der wiederwahlorientierte Ansatz von William D. Nordhaus wieder aufgegriffen und ein Modell mit rationalen Erwartungen kreiert. Die Modelle sind jenen der Vertreter der Political-Business-Cycle-Theorie sehr ähnlich, und unterscheiden sich nur in einem wesentlichen Punkt. Und zwar werden die neuen Modelle um einen Punkt erweitert. Es wird ein privater Sektor unterstellt, der rationale Erwartungen bildet. Daraus folgt, dass sich die Wähler für jene Regierung entscheiden, die ihnen den höchsten rational erwarteten Nutzen bringt.

Dem politischen Konjunkturzyklus in der RPBC-Theorie liegen spieltheoretische Überlegungen zugrunde, kurz vor den Wahlen werden Anreize für die Politiker geschaffen, ein suboptimales „signaling“ Verhalten an den Tag zu legen. Dieses „signaling“ kann am besten als ein positives Zeichen setzen übersetzt werden. Die Politiker versuchen so kompetent wie möglich zu erscheinen, da dies einen

⁶⁵ Vgl. dazu Rogoff, Kenneth: Equilibrium Political Budget Cycles, (1990)

⁶⁶ Vgl. dazu Rogoff, Kenneth und Sibert, Anne: Elections and Macroeconomic Policy Cycles, (1988)

⁶⁷ Vgl. dazu Cuikerman, Alex und Meltzer, Allan H.: A Positive Theory of Discretionary Policy, the Cost of Democratic Government and the Benefits of a Constitution, (1986)

⁶⁸ Vgl. dazu Harrington, Joseph E.: Economic Policy, Economic Performance, and Elections, (1993)

⁶⁹ Vgl. dazu Persson, Thorsten und Tabellini Guido: Macroeconomic Policy, Credibility and Politics, Fundamentals of Pure and Applied Economics, (1990)

positiven Einfluss auf die Wähler hat. Bevorzugt wird dieser positive Eindruck durch deutlich sichtbare budgetwirksame Maßnahmen initiiert, wie zum Beispiel durch den Anstieg personeller Transfers, der Bereitstellung neuer öffentlicher Güter und Dienstleistungen oder der Senkung von Steuern oder der Preise für öffentliche Dienstleistungen⁷⁰.

Dieses Verhalten der Politiker muss aber nicht unbedingt schlecht für die Wirtschaft sein, denn es kann zur Steigerung der Effizienz der Regierungsarbeit beitragen. Denn umso effektiver die Regierung arbeitet, umso stärkere Preissenkungen und Steuererleichterungen kann sie sich für ihre Bürger leisten. Der Wähler lässt sich also durch eine verzerrte Bereitstellung öffentlicher Güter vor den Wahlen beeinflussen, und honoriert dadurch die Arbeit der tatsächlich kompetenteren Partei.

Die dadurch hervorgerufenen Wahlzyklen können nur kurz vor den Wahlen generiert werden, da der Wähler nicht genügend Informationen sammeln darf um sich über die budgetären und inflationären Auswirkungen dieser Maßnahmen im klaren zu sein und daraus zu lernen. Es entstehen daher politische Konjunkturzyklen im Wahlrhythmus, diese sind jedoch kurzlebiger und weniger gleichmäßig als jene des Political-Business-Cycles. Es entstehen dabei auch sehr kurzfristige Schwankungen der Inflation, reale Effekte können, müssen aber nicht entstehen, da von einem möglichen Lernprozess des privaten Sektors ausgegangen werden kann. Die neue Theorie des RPBC-Typs lehnt die Hypothesen des traditionellen PBC-Modells in Bezug auf die Zustandsvariablen „Arbeitslosenrate“ und „Wirtschaftswachstum“ überwiegend ab, jedoch ergibt sich andererseits eine Evidenz für Budget und geldpolitische Wahlzyklen vom PBC-Typ.⁷¹

⁷⁰ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 22

⁷¹ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 23

3.5.6 Die Rationale-Partisan-Theorie

Die Rationale-Partisan-Theorie (RPT) ist untrennbar mit dem Namen Alberto Alesina und seinen zahlreichen Abhandlungen und Artikeln zu diesem Thema verbunden⁷². Die Rationale-Partisan-Theorie baut auf dem Ansatz der Partisan-Theorie von Hibbs auf, und stellt eine Erklärung von Polit-Ökonomischen Konjunkturzyklen dar. Diese Theorie geht auch von ideologisch orientierten Politikern aus, doch werden im Gegensatz zur Partisan-Theorie rationale Erwartungen angenommen, unter einer gleichzeitigen Trägheit der Lohnanpassungen⁷³.

Durch die Annahme rationaler Erwartungen der Wirtschaftssubjekte ergibt sich eine neue Situation. Die Regierung hat keinen, wie in der Rational-Political-Business-Cycle-Theorie angenommen, Informationsvorsprung gegenüber den Wählern. Die Wählerschaft ist vollkommen über die spezifizierten Präferenzen der Politiker sowie die Spezifikationen und die Parameterwerte des ökonomischen Modells der Volkswirtschaft informiert. Es wird den Wirtschaftssubjekten ein sehr hoher Informationsstand unterstellt, daher führen Änderungen in der Geldpolitik nicht automatisch zu nicht erwarteter Inflation und realen Effekten, außer diese Änderung der Politik wurde vom privaten Sektor nicht vollständig vorhergesehen.

Zu einer nicht vollständig vorhersehbaren Politik kann es kommen, da der Gewinner der nächsten Wahl und dessen Inflationspolitik nicht antizipiert werden kann. Es entsteht daher eine Unterscheidung zwischen einer antizipierten Inflation und einer nicht antizipierten Inflation. Längerfristige Kontrakte, die vor einer Wahl abgeschlossen werden, wie zum Beispiel Verträge auf dem Arbeitsmarkt, basieren auf exogen angenommenen Wahlwahrscheinlichkeiten unterschiedlicher Parteien, die alle eine andere Inflationspolitik bevorzugen. Aus

⁷² Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 21

⁷³ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 64

dieser Konstellation ergibt sich für die Regierung die Möglichkeit eines kurzfristigen Trade-offs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit.

Der Verdienst der Rational Partisan-Theorie liegt also darin, den früheren Ansatz von Hibbs um eine Unterscheidung zwischen antizipierter und nicht antizipierter Inflation zu erweitern, wobei nur die nicht antizipierte Inflation für reale Schwankungen relevant ist. Die Parteien verfolgen auch unterschiedliche Ziele im Sinne der Partisan-Theorie. Links Parteien bevorzugen eine höher Inflationsrate und eine niedrigere Arbeitslosigkeit, im Gegensatz dazu versuchen Rechts Parteien die Inflationsrate niedriger zu halten und nehmen dafür auch eine höhere Arbeitslosenrate in Kauf, um die „Bedürfnisse“ ihrer Wählerschaft zu befriedigen. Die Wähler sind in diesem Modell auch so gut über die politische und wirtschaftliche Lage informiert, dass sie Parteiunterschiede erkennen und jener Partei ihre Stimme geben, deren Politik sie bevorzugen⁷⁴.

Abschließend lassen sich die in diesem Abschnitt vorgestellten Theorien politischer Konjunkturzyklen, unter Berücksichtigung der von der jeweiligen Modellierung der Regierung und des privaten Sektors, mittels einer 2x2-Matrix darstellen⁷⁵.

⁷⁴ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 65ff.

⁷⁵ Vgl. dazu Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie, (1996), S. 25

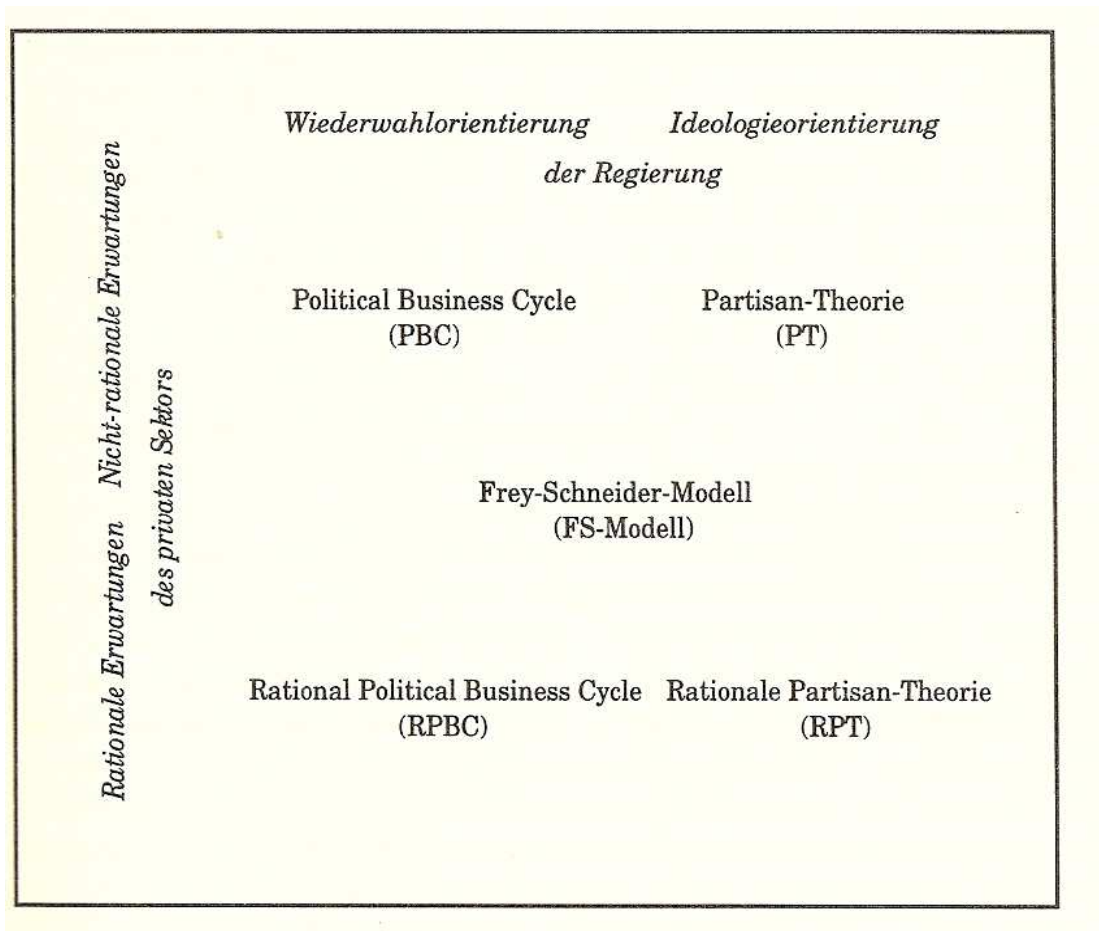


Abbildung 3.5.6.: Die Theorien der politischen Konjunkturzyklen

Im nun folgenden Kapitel wird versucht das Frey-Schneider-Simulationsmodell darzustellen und zu erklären.

4 Das Frey-Schneider-Simulationsmodell

In diesem Simulationsmodell wird in einer möglichst einfachen und zur Simulation geeigneten Form versucht, bestimmte wirtschaftliche und politische Prozesse darzustellen und nachzuahmen. Das hier besprochene Simulationsmodell versucht komplexe Realität zu reduzieren, und es abstrahiert aus diesem Grund zahlreiche, für den Erkenntniszweck nicht relevante oder unwesentliche Dinge.

Das Simulationsmodell besteht aus einem Differenzengleichungssystem höherer Ordnung, in welchem die Dauer einer Periode (t) den Zeitraum von einem halben Jahr umfasst. Weiters wird angenommen, dass der Zeitraum zwischen den Wahlen vier Jahre beträgt, also zu den Zeitpunkten $t = 8, 16, 24$, und so weiter findet eine Wahl statt. An der Wahl nehmen nur zwei miteinander in Konkurrenz stehende Parteien teil. Von diesen beiden Parteien kann wiederum nur jene Partei, die in der Regierung sitzt, aktiv in das wirtschaftliche Geschehen eingreifen.

Das Modell lässt sich in zwei Teile unterteilen, einem wirtschaftlichen Teil und einem politischen Teil. Die beiden Teile sind durch Interaktionsgleichungen miteinander verbunden, es überträgt zum Beispiel die Popularitätsfunktion den Einfluss des wirtschaftlichen Teiles auf den politischen Teil. Das gesamte Modell besteht aus insgesamt 36 Gleichungen, der wirtschaftliche Teil besteht dabei aus 24 Gleichungen, der politische Teil besteht lediglich aus 12 Gleichungen.

Die Werte für die einzelnen Parameter der Gleichungen im Modell werden teilweise aus empirisch geschätzten Gleichungen entnommen, oder ihre Werte werden so gewählt, dass keine explosiven Schwingungen entstehen können. Es wird versucht den wirtschaftlichen Teil bewusst einfach zu halten, und es gehen auch keine selbständigen Impulse von ihm aus, mit Ausnahme der eigenständig wachsenden Zahl der Bevölkerung. Der Grund dafür liegt darin, dass die vom politischen System ausgehenden Impulse auf das Wirtschaftssystem, nicht von eigenständigen wirtschaftlichen Impulsen überlagert werden sollen. Es wird weiters angenommen, dass die Wachstumsrate der Bevölkerung nicht von der Regierung beeinflusst werden kann. Um einen Anfang machen zu können muss man mit fiktiven Anfangswerten starten⁷⁶.

⁷⁶ Vgl. dazu Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Konjunkturzyklen: Ein Simulationsmodell, (1974), S. 521

4.1 Der wirtschaftliche Teil

Die Produktionsfunktion ist in diesem Modell eine homogen-lineare Cobb-Douglas-Funktion, ohne technischen Fortschritt:

$$X(t) = K(t)^{\alpha} L(t)^{(1-\alpha)}$$

X = **realer Output**

K = **Realkapital**

L = **Arbeitseinsatz**

α = **0.25**

Die Anzahl der Beschäftigten wird aus der Produktionsfunktion abgeleitet, wobei die Entlohnung nach dem Grenzprodukt unterstellt wird:

$$\frac{\delta X}{\delta L} = K(t)^{\alpha} (1 - \alpha) L(t)^{-\alpha} = \frac{w(t)}{p(t)}$$

Die Gleichung wird dann nach L(t) aufgelöst und man erhält die Anzahl der Beschäftigten:

$$L(t) = K(t) \left[\frac{p(t)(1 - \alpha)}{w(t)} \right]^{1/\alpha}$$

Die Bevölkerungsentwicklung der arbeitsfähigen Bevölkerung ergibt sich aus folgender Gleichung:

$$B(t) = B(t-1) + WB(t)$$

WB = **Wachstumsrate der Bevölkerung**

Die Anzahl der Arbeitslosen erhält man aus folgender Gleichung:

$$U(t) = B(t) - L(t)$$

Die Arbeitsproduktivität ergibt sich aus folgender Gleichung:

$$AP(t) = \frac{X(t)}{I(t)}$$

I = **Investitionen**

Die Veränderung der Arbeitsproduktivität erhält man aus folgender Formel:

$$APS(t) = \frac{AP(t) - AP(t-1)}{AP(t-1)}$$

Die Gleichung für den Output sieht folgendermaßen aus:

$$Y(t) = C(t) + GI(t) + G(t)$$

Der reale Kapitalstock ist eine Funktion der gesamten realen Investitionen und der Abschreibungen, die einen proportionalen Teil des gesamten Kapitalstockes ausmachen. Die Formel hierfür sieht wie folgt aus:

$$K(t+1) = K(t) + \frac{GI(t)}{p(t)} - D(t)$$

GI = **gesamte reale Investition**

p = **Preise**

D = **Abschreibungen**

Die Abschreibung des Kapitalstockes lässt sich wie folgt berechnen:

$$D(t) = D1 + K(t)$$

D1 = **0.08**

Die privaten Investitionen setzen sich aus einem autonomen Teil und einem zum Output proportionalen Teil zusammen. Des weiterem werden die privaten Investitionen als von den Zinsen abhängig angenommen, wodurch der Einfluss des Staates wieder gespiegelt werden soll. Die Funktion wird absichtlich einfach gewählt, damit keine kurzfristigen endogenen Schwingungen erzeugt werden, die Einfluss auf den wirtschaftlichen Teil des Modells ausüben.

$$IPR(t) = I_0 + v1 * Y(t) - \gamma_1 * i(t)$$

i = **Zinsen**

IPR = **private Investitionen**

$$Y = \text{Output}$$

$$v1 = 0.10$$

$$Y_1 = 90.0$$

Die gesamten Investitionen, die des Staates und die des Privaten Sektors setzen sich wie folgt zusammen:

$$GI(t) = SI(t) + IPR(t)$$

Die Direkten Steuern erhält man aus der Formel:

$$TDIR(t + 1) = TDIR(t) + TAU * (Y(t) - Y(t - 1)) + TDIS(t)$$

$$TAU = 0.25$$

Das verfügbare Einkommen nach Abzug der Steuern berechnet sich aus der nachstehenden Formel:

$$YV(t) = Y(t) - TDIR(t)$$

Der private Konsum der laufenden Periode, wird durch das verfügbare Einkommen der vergangenen Periode bestimmt. Die Formel zur Berechnung des Konsums sieht wie folgt aus:

$$C(t) = c1 * \sum_{i=0}^{\infty} \lambda^i * YV(t - i)$$

YV = verfügbare Einkommen

C = Konsum

Durch zu Hilfenahme einer Koyck-Transformation wird obige Gleichung umgeformt zu:

$$C(t) = c1 * YV(t) + \lambda * C(t - 1)$$

c1 = 0.60

λ = 0.30

Bei der Berechnung der Preisveränderung werden sowohl die Cost-push-Theorie (WS-APS) wie auch die Demand-pull-Theorie (Y/X) berücksichtigt, daraus ergibt sich folgende Gleichung:

$$PS(t) = \mu_4 (WS(t) - APS(t)) + \mu_6 \frac{Y(t)}{X(t)}$$

WS = Lohnveränderung

APS = Arbeitsproduktivitätsveränderung

PS = Preisänderung

μ_4 = 0.50

μ_6 = 0.80

Der Lohnveränderung wird die erweiterte Phillipsbeziehung zugrunde gelegt, die von einer Abhängigkeit zwischen der Lohnveränderung auf der einen Seite und

der Arbeitslosigkeit und der Preissteigerung auf der anderen Seite ausgeht. Die Gleichung hierfür sieht so aus:

$$WS(t) = \mu * C + \mu_1 * PS(t) - \mu_2 * U(t)$$

$$\mu = 1.80$$

$$\mu_1 = 0.95$$

$$\mu_2 = 0.90$$

$$U = \text{Arbeitslose}$$

Die Preise berechnen sich aus der Formel:

$$P(t + 1) = P(t) + PS(t) * P(t)$$

Die Löhne erhält man aus folgender Gleichung:

$$W(t + 1) = W(t) + WS(t) * W(t)$$

Der Geldmarkt wird als keynesianisch angenommen, dass heißt es wird davon ausgegangen, dass das Geldangebot automatisch der Geldnachfrage angepasst wird, zuständig für diese Anpassung ist hierbei die Zentralbank.

Die Geldnachfrage zu Transaktionszwecken wird durch eine Funktion des Outputs dargestellt, wobei angenommen wird, dass sich die Zahlungsgewohnheiten der Bevölkerung und der Institutionen nicht verändern werden. Aus dieser Annahme ergibt sich, dass der Kassenhaltungskoeffizient konstant bleibt. Die Gleichung zur Berechnung der Geldnachfrage für Transaktionszwecke sieht wie folgt aus:

$$TRL(t) = TK0 * Y(t)$$

$$TK0 = 0.80$$

Die Geldnachfrage nach Spekulationskassen wird durch die Höhe des Zinssatzes bestimmt. Dieser kann vom Staat durch Finanzinstrument gesteuert werden und berechnet sich aus folgender Formel:

$$TSL(t) = TSL(t - 1) + T1 * (I(t - 1) - I(t))$$

$$T1 = 100.0$$

Die gesamte Geldnachfrage lässt sich dann natürlich sehr einfach aus folgender Formel berechnen:

$$TLG(t) = TRL(t) + TLS(t)$$

Die wahlberechtigte Bevölkerung bildet in diesem Modell Erwartungen über drei ökonomische Variable, und zwar über den Konsum über die Preisveränderung und über die Arbeitslosigkeit werden Erwartungen gebildet. Die Erwartungen ergeben sich aus der Summe der tatsächlich eingetretenen gewichteten Werte dieser Variablen aus den vergangenen Perioden. Die Gewichtung stellt in diesem Modell eine Diskontierung über die Zeit dar, denn je weiter die Werte in der Vergangenheit zurück liegen, desto schwächer werden diese Werte bewertet. Die Formeln für den erwarteten Konsum, die erwartete Preissteigerung und die erwartete Arbeitslosigkeit sieht folgendermaßen aus:

$$EC(t) = (1 - \beta_c) * \sum_{i=0}^{\infty} \beta_c^i * C(t-i)$$

$$EPS(t) = (1 - \beta_p) * \sum_{i=0}^{\infty} \beta_p^i * PS(t-i)$$

$$EU(t) = (1 - \beta_u) * \sum_{i=0}^{\infty} \beta_u^i * U(t-i)$$

EC	=	erwarteter Konsum
EPS	=	erwartete Preissteigerung
EU	=	erwartete Arbeitslosigkeit

Diese Gleichungen werden dann unter Zuhilfenahme der Koyck-Transformation umgeformt, und man erhält nachstehende Gleichungen:

$$EC(t) = (1 - \beta_c) * C(t) + \beta_c * EC(t - 1)$$

$$EPS(t) = (1 - \beta_p) * PS(t) + \beta_p * EPS(t - 1)$$

$$EU(t) = (1 - \beta_u) * U(t) + \beta_u * EU(t - 1)$$

$$\beta_c = 0.70$$

$$\beta_p = 0.70$$

$$\beta_u = 0.90$$

Die Restriktionen für den erwarteten Konsum, die erwartete Preissteigerung und die erwartete Arbeitslosigkeit lauten:

$$\begin{aligned} EC(t) &\geq CMIN \\ 0 < EPS(t) &\leq EPSMAX \\ 0 < EU(t) &\leq EUMAX \end{aligned}$$

$$CMIN = 65.00$$

$$EPSMAX = 6.0\%$$

$$EUMAX = 3.0\%$$

Die Parameter β_c , β_p und β_u ($0.70 \leq \beta_c, \beta_p, \beta_u \leq 1$) werden ziemlich hoch angesetzt, und bewirken dadurch eine relativ langsame Anpassung des erwarteten Wertes an den aktuellen Wert. Des Weiteren wird in diesem Modell unterstellt, dass die Erwartungen die Arbeitslosigkeit und die Preissteigerung betreffend sich

nicht jeder beliebigen Höhe der tatsächlichen Werte angleichen⁷⁷. Wenn die Arbeitslosenrate über 3% steigt und die Inflation über 6% steigt, so erfolgt keine Anpassung der erwarteten Preissteigerung und Arbeitslosigkeit. Die Unzufriedenheit der Wählerschaft mit der Arbeit und der Politik der regierenden Partei wird als Folge dessen stark zunehmen. Gleich verhält es sich mit dem Konsum. Wenn dieser eine gewisse Grenze unterschreitet, findet ebenfalls keine Anpassung der Werte statt.

4.2 Der Politische Teil

In diesem Modell werden als Bewertung für die Leistung der einzelnen Parteien Popularitätsumfragen herangezogen, die in den meisten Ländern in regelmäßigen zeitlichen Abständen durchgeführt werden. Die durch diese Umfragen ermittelte Popularität, oder auch der Zustimmungsgrad zur Politik und Arbeit der Regierungspartei, stellt eine gute Bewertungsgrundlage für die Regierungspartei(en) dar. Diese Popularitätsumfragen sind im Rahmen des politisch-ökonomischen Totalmodells wichtige Indikatoren. Aus diesen Umfragen bekommt die Regierung in regelmäßigen Zeitabständen ihre vergangene und gegenwärtige Wirtschaftspolitik durch die Wählerschaft beurteilt. Aus den Popularitätsumfragen kann die Regierung die Reaktion der Wähler auf verschiedene, kurzfristig wirksame wirtschaftspolitische Maßnahmen erkennen. Es wird angenommen, dass die Wähler bei einer Popularitätsumfrage die Leistung der Regierung hauptsächlich am gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft und damit an der vergangenen und gegenwärtigen Wirtschaftspolitik beurteilen. Mögliche Parameter zur Beurteilung der Wirtschaftslage stellen Werte wie die Arbeitslosenrate, die Inflation und der Konsum dar⁷⁸.

⁷⁷Vgl. dazu Diese Annahme stützt sich auf den Artikel von Bruno S. Frey und H. Garbers aus dem Jahre 1971

⁷⁸ Vgl. dazu Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Modelle: Ein theoretischer und empirischer Ansatz, (1978), S. 25

Die Popularität bedeutet die prozentuale Zustimmung der Wähler zur aktuellen Regierungspolitik. Es handelt sich um die kurzfristige Beurteilung der Regierungspolitik⁷⁹:

$$POP(t) = POP(t-1) + POP_c(t) + POP_{ps}(t) + POP_u(t)$$

wobei

$$POP_c(t) = \pi_c * (C(t) - EC(t)) * g_1$$

$$POP_{ps}(t) = -\pi_{ps} * (PS(t) - EC(t)) * g_2$$

$$POP_u(t) = -\pi_u * (U(t) - EU(t)) * g_3$$

$$\pi_c = 0.08$$

$$\pi_{ps} = 0.35$$

$$\pi_u = 0.35$$

Die gewählten Werte für π_c , π_{ps} und π_u bringen zum Ausdruck, dass die Wähler Arbeitslosigkeit und Preissteigerung gleich bewerten, und beide eindeutig wichtiger für die Bevölkerung sind als der Konsum. Der Wert g stellt den gewichteten Faktor für den Erfolg oder Misserfolg einer wirtschaftspolitischen Maßnahme dar, der wiederum von der aktuellen Popularität abhängig ist. Es ist zum Beispiel so, dass der Erfolg einer wirtschaftspolitischen Maßnahme sich bei einer Popularität von 50% stärker auswirkt als bei einer Popularität von 60%. Es liegt also ein abnehmender Grenznutzen wirtschaftspolitischer Maßnahmen vor.

Die Popularität der Oppositionspartei hängt einzig und allein von der Popularität der Regierungspartei ab, und wird bei einem für dieses Modell angenommenen Zweiparteiensystem wie folgt berechnet:

⁷⁹ Vgl. dazu Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Konjunkturzyklen: Ein Simulationsmodell, (1974), S. 524

$$POPO(t) = 100.0 - POP(t)$$

POPO = Popularität der Opposition

Die Oppositionspartei ist nicht in der Lage eigene wirtschaftliche Aktivitäten und Akzente zu setzen, sie befindet sich daher in einer passiven Rolle. Die Oppositionspartei kann erst aktiv in die Wirtschaftspolitik eingreifen, wenn es zu einem Regierungswechsel kommt, und sie dadurch selbst die Macht ergreifen kann.

Der politische Kapitalstock der Regierung berechnet sich aus der Popularität aller vergangenen Perioden. Die Veränderung des politischen Kapitalstocks ist eine Funktion der Popularität abzüglich der politischen Abschreibungen, die wiederum selbst einen proportionalen Teil des politischen Kapitalstocks bilden. Die Gleichungen hierfür sehen wie folgt aus:

$$PK(t + 1) = PK(t) + POP(t) - PD(t)$$

$$PD(t) = \delta * PK(t)$$

PK = politischer Kapitalstock

PD = politische Abschreibung

δ = 0.20

Unter der politischen Abschreibung versteht man die Vergessensrate der Bürger über Taten der Regierung die in der Vergangenheit liegen. Im politischen Kapitalstock sind sämtliche Handlungen der Regierung über alle Legislaturperioden hinweg enthalten.

Darüber hinaus wird in diesem Modell angenommen, dass die rational handelnden Wähler die zukünftige Leistung der Regierung anhand der akkumulierten und

diskontierten vergangenen Taten, die im politischen Kapitalstock berücksichtigt sind, versuchen zu antizipieren und diese dann speziell bei Wahlen berücksichtigen und bewerten. Daraus ergibt sich, dass nicht die aktuelle Höhe der Popularität zum Zeitpunkt der Wahl für das Wählen der einen oder der anderen Partei ausschlaggebend ist, sondern es werden alle diskontierten Regierungsdaten für die Wahlentscheidung herangezogen. Dieser Zusammenhang ist der Regierung natürlich auch bekannt, und daher ergibt sich, dass die zukünftige Zustimmung der Wähler zur Wiederwahl der Regierung eine Funktion des politischen Kapitalstockes ist und wie folgt aussieht:

$$S(t) = S(t - 1) + \gamma * (PK(t) - PK(t - 1))$$

$$\gamma = 0.50$$

$$S = \text{Regierungszustimmung}$$

Die Regierung betrachtet S als prozentualen Stimmanteil der Wähler, den sie bei der nächsten Wahl erhält, wenn sie die Regierungspolitik beibehält wie sie im Moment ist. Es dürfen keine Veränderungen an den drei wirtschaftlichen Variablen Konsum, Preissteigerung und Arbeitslosigkeit vorgenommen werden, die auf die Popularität direkt einwirken. Der Regierung ist auch bekannt, dass eine Veränderung von S erst nach einigen Perioden erfolgt, und sie weiß daher auch, will sie die Regierungszustimmung zum Wahlzeitpunkt erhöhen, muss sie rechtzeitig wirtschaftspolitische Taten setzen.

Das Ziel der Regierungspartei ist es so lange wie nur irgendwie möglich an der Macht zu bleiben, daher muss S bei jeder zukünftigen Wahl immer über 50% sein. Das primäre Ziel der Regierungspartei wird es immer sein die nächste Wahl zu gewinnen, erst danach wird sie sich auf ihre Handlungsstrategien konzentrieren und idealistische Ziele verfolgen. Da die Regierungszustimmung lediglich zum Wahlzeitpunkt über 50% sein muss, kann es durchaus vorkommen, dass sie in den dazwischen liegenden Perioden deutlich darunter liegt.

Der Politische Kapitalstock der Opposition wird berechnet vom politischen Kapitalstock der Vorperiode plus der Popularität der Oppositionspartei in der Vorperiode minus der Abschreibung des politischen Kapitalstocks der Oppositionspartei in der Vorperiode. Die Gleichung hierfür sieht dann wie folgt aus:

$$PKO(t + 1) = PKO(t) + POPO(t) - PDO(t)$$

Die Abschreibung des politischen Kapitalstockes der Opposition berechnet sich nach folgender Gleichung:

$$PDO(t) = \delta * PKO(t)$$

$$\delta = 0.20$$

Der Regierung stehen drei Instrumente zur Verfügung um ihre Wiederwahl maßgeblich zu beeinflussen, und auf die wirtschaftlichen Größen Preissteigerung, Arbeitslosigkeit und Konsum einzuwirken. Die Regierung wird sich dieser Instrumente aber nur bedienen, wenn es die Situation erfordert, sprich entweder sich die wirtschaftlichen Variablen dermaßen verschlechtern, dass ein Eingreifen der Regierung notwendig ist, oder eine ungünstige Popularitätsänderung eintritt. Die Regierung wird diese Instrumente gemäß ihrer Kenntnisse über die wirtschaftlichen Zusammenhänge folgendermaßen zum Einsatz bringen:

Durch eine Veränderung des Zinssatzes wird die Regierung über die privaten Investitionen auf die Preissteigerung Einfluss nehmen.

Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit wird durch eine Erhöhung der Staatsausgaben und eine Veränderung des Konsums herbei geführt, dies ist mit Hilfe der diskretionären Steuern möglich.

Diese Reaktionsfunktionen wurden bewusst sehr einfach gewählt und modelliert, es wird jeweils nur ein Instrument auf ein Ziel ausgerichtet. Die einzige Ausnahme hierbei bilden die diskretionären Steuern, die in zwei Fällen eingesetzt werden, zum einen bei einer Veränderung zwischen der Differenz von erwarteten und tatsächlich eingetretenem Konsum, und zum anderen werden sie auch bei einer exogenen Popularitätsänderung eingesetzt. Die Gleichung für die diskretionären Steuern für den Fall einer Veränderung zwischen der Differenz von erwarteten und tatsächlich eingetretenen Konsum sieht folgendermaßen aus:

$$TDIS(t + 1) = TDIS(t) + q_c(C(t) - IC(t))$$

TDIS = **diskretionäre Steuern**

q_c = **0.375**

Die Gleichung für die diskretionären Steuern für den Fall einer exogenen Popularitätssenkung sieht wie folgt aus:

$$TDIS(t + 1) = TDIS(t) + q_s(S(t) - SMIN)^7$$

$$q_s = 0.35$$

Bei dieser Variante besteht für die Regierung die Möglichkeit, im Falle einer Popularitätssenkung, die nicht durch eine der drei wirtschaftlichen Variablen verursacht wird, über eine Senkung der diskretionären Steuern, und eine damit zusammen hängende Erhöhung des Konsums ihre Popularität und nach einigen Perioden auch die Regierungszustimmung zu erhöhen.

Der Staat reagiert auf ein Steigen der Inflation durch das Verändern des Zinssatzes. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Zinssatz einzig und allein von der Regierung beeinflusst werden kann. Es wird des Weiteren die Annahme getroffen, dass der Staat nur dann den Zinssatz erhöht, wenn die eingetretene Preissteigerung die erwartete Preissteigerung übertrifft. Es wird eine Funktion gebildet aus der Differenz zwischen erwarteter und tatsächlich eingetretener Inflation. Diese Gleichung sieht wie folgt aus:

$$i(t + 1) = i(t) + q_{ps} * (PS(t) - EPS(t))$$

$$q_{ps} = 0.80$$

Auf eine Veränderung der Arbeitslosigkeit reagiert der Staat mit einer Erhöhung oder einer Verringerung der Staatsausgaben, wobei die staatlichen Investitionen als ein fester Teil der gesamten Staatsausgaben darin beinhaltet sind. Auch bei dieser Funktion verhält es sich gleich wie in der vorangegangenen Zinsfunktion. Der Staat greift erst dann ein, wenn die Differenz zwischen der erwarteten

Arbeitslosigkeit und der tatsächlich eingetretenen Arbeitslosigkeit positiv wird. Sollte die Differenz kleiner Null sein, werden die Staatsausgaben nicht verändert. Die Gleichung für die Staatsausgaben als Reaktion gegen die Arbeitslosigkeit sieht wie folgt aus:

$$G(t+1) = G(t) + q_G * (U(t) - EU(t))$$

wobei

$$IS(t) = g1 * G(t)$$

$$q_G = 6.00$$

$$G = \text{gesamte Staatsausgaben}$$

$$IS = \text{staatliche Investitionen}$$

$$g1 = 0.33$$

Es ist jedoch hier sehr wichtig zu beachten, dass es bei dieser Reaktion auf eine Veränderung der wirtschaftlichen Größen Konsum, Preissteigerung und Arbeitslosigkeit sehr leicht zu einem Zielkonflikt kommen kann. Der Grund dafür ist, dass diese drei Größen interdependent sind, und dass, wenn die Regierung beispielsweise die Staatsausgaben zur Verminderung der Arbeitslosigkeit erhöht, sie dadurch auch eine gleichzeitige Erhöhung der Inflation verursacht. Daraus entsteht ein Zielkonflikt zwischen angestrebter Verringerung der Arbeitslosigkeit und angestrebter Verringerung der Inflation. Entscheidend für das Regierungsverhalten ist dann in einem solch speziellen Fall, wie die Wähler die einzelnen wirtschaftlichen Variablen in der Popularitätsfunktion gewichten.

Es gibt noch zwei weitere relevante Gleichungen zur Berechnung des Modells: Zum einen die Funktion der Staatlichen Investitionen, oder auch Infrastrukturmaßnahmen genannt. Diese ist in nachfolgender Gleichung dargestellt:

$$SI(t) = GG_1 * G(t)$$

$$GG_1 = 0.33$$

Und zum anderen die Gleichung zur Berechnung des Staatlichen Konsums oder auch der laufenden Staatsausgaben, diese Funktion sieht wie folgt aus:

$$GC(t) = GG_2 * G(t)$$

$$GG_2 = 0.77$$

5 Fallstudie

Anknüpfend an das in Abschnitt 4 dargestellte Simulationsmodell von Friedrich Schneider und Bruno S. Frey werden im folgenden Teil der Arbeit die Aussagen und Annahmen die das Modell aufstellt an Hand historischer Daten von Österreich zwischen 1966 und 2011 analysiert und überprüft. Ich beginne mit der Analyse im Jahr 1966, da man ab diesem Zeitpunkt für Österreich von einem Zweiparteiensystem sprechen darf, welches am besten für das Frey-Schneider-Modell geeignet ist. In einem Zweiparteiensystem können zwar mehr als zwei Parteien existieren, doch kann eine der großen Parteien ohne einen Koalitionspartner eine Regierung bilden und tut dies auch. Im Zeitraum vor 1966 in der Zweiten Republik war der Parteienwettbewerb als gemäßigter Pluralismus

zu bewerten⁸⁰. Das Frey-Schneider-Modell wurde hierfür mittels der Programmiersprache Visual Basic in Excel implementiert.

Die historischen Datensätze wurden mir zum größten Teil von Herrn Professor Dipl. Ing. Dr. Robert Kunst zur Verfügung gestellt. Die Daten zur Popularität der Regierungsparteien wurden mir vom Meinungsforschungsinstitut Österreichische Gesellschaft für Marketing, kurz OGM, zur Verfügung gestellt. Ich erhielt Umfrageergebnisse zur so genannten Sonntagsfrage, welche die Wählergunst beurteilt wenn am Tag der Umfrage Nationalratswahlen wären, beginnend mit Daten aus dem Jahr 1989 bis hin zu Ergebnissen von Umfragen vom Jänner 2012.

Die Aussagen und Annahmen die in der Fallstudie im konkreten Fall hier beobachtet werden sollen, sind folgende:

Nimmt die Politik Einfluss auf die Wirtschaftsfaktoren Arbeitslosigkeit, Inflation und das nominelle Wachstum des privaten Konsums? Sprich verbessern sich die Werte dieser Wirtschaftsfaktoren hin zum geplanten Wahltermin?

Wie gut sind die Werte der Popularitätsfunktion die das Frey-Schneider-Modell liefert, verglichen mit den tatsächlichen Ergebnissen der Nationalratswahlen und der Meinungsumfragen?

Haben veränderte Werte dieser Wirtschaftsfaktoren, sei es zum Positiven, aber auch zum Negativen, auch immer einen Einfluss auf das tatsächliche Wahlergebnis und wenn nein gibt es möglicherweise dafür etwaige andere Gründe, die das Wahlergebnis beeinflusst haben?

⁸⁰ Vgl. dazu Müller, Wolfgang C.: Parteiensystem – Politische Bewegung; Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Die Zweite Republik (1997), S. 225ff.

5.1 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1966 und 1970

Bei den Nationalratswahlen vom 6. März 1966 kam die Österreichische Volkspartei (ÖVP) auf einen Stimmanteil von 48,35%. Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) erhielt 42,56% der Stimmen, und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hatte einen Stimmanteil von 5,35% der 4.531.885 gültig abgegebenen Stimmen. Die übrigen zur Nationalratswahl angetretenen Parteien konnten nicht in den Nationalrat einziehen, da sie an der Grundmandatshürde gescheitert sind. Daraus ergab sich nun folgende Verteilung der 165 Mandate. Die ÖVP erhielt 85 Mandate, die SPÖ 74 und die FPÖ 6. Dies hatte zur Folge, dass die ÖVP ohne Unterstützung einer anderen Fraktion alleine die Regierung bilden konnte⁸¹.

Ich habe nun mit den Daten dieses Wahlergebnisses und den historischen Wirtschaftsdaten das Frey-Schneider Modell berechnet, um diese nun mit dem tatsächlichen Wahlergebnis von den Nationalratswahlen vom 1. März 1970 und einigen wenigen Umfrageergebnissen aus den Jahren 1969 und 1970 verglichen⁸².

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Umfrage/Wahlergebnis
01.01.1966	1,940%	2,997%	8,626%	48,350%	48,350%
01.07.1966	1,940%	2,030%	5,205%	49,054%	
01.01.1967	4,120%	3,045%	7,866%	48,745%	
01.07.1967	3,834%	2,293%	7,254%	48,865%	
01.01.1968	2,649%	3,566%	6,307%	48,916%	
01.07.1968	2,879%	2,321%	6,968%	49,336%	
01.01.1969	3,100%	3,500%	5,160%	49,062%	41,250%
01.07.1969	3,063%	2,054%	7,249%	49,533%	41,250%
01.01.1970	4,012%	3,000%	7,799%	49,323%	44,700%

Abbildung 5.1.: Die Daten der Periode 1966 - 1970

⁸¹ Homepage des Bundesministerium für Inneres

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1966.aspx

⁸² Vgl. dazu Plasil, Tina: Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich: Die Nationalratswahlen von 1970 und 1971, (2006), S. 31f.

Wie man in der Abbildung 5.1. sehen kann, ist die Inflation im Jahr 1966 sehr gering und liegt unter 2%, was nur die Hälfte der erwarteten Inflation des ersten Halbjahres 1966 ist und auch noch 1,3% unter der erwarteten Inflation des zweiten Halbjahres liegt. Die Arbeitslosigkeit verringert sich von ungefähr 3% im ersten Halbjahr 1966 auf in etwa 2% im zweiten Halbjahr, wobei die erwartete Arbeitslosigkeit für das zweite Halbjahr 1966 bei etwas über 3,5% liegt. Die Wachstumsrate des privaten Konsums befindet sich etwas unter den Erwartungen, doch wird ihm zum einen durch die geringere Gewichtung im Frey-Schneider-Modell zur Berechnung der Popularitätsfunktion keine so große Bedeutung zu teil wie der Inflation und der Arbeitslosigkeit, und zum anderen liegt er nicht weit unter den Erwartungen. Diese wirtschaftlichen Daten haben zur Folge, dass im Simulationsmodell die Popularität der Regierungspartei auf über 49% ansteigt.

Im Zeitraum zwischen 1967 und dem ersten Halbjahr 1969 pendelt sich die Popularität der Regierungspartei im Simulationsmodell in etwa bei 49% ein. Zum Wahltermin hin Ende 1969 steigt die Popularität der Regierungspartei nochmals auf etwas über 49,5% und Anfang 1970 auf knapp unter diese Marke. Der Grund für diesen neuerlichen leichten Anstieg liegt bei der sinkenden Arbeitslosigkeit, die um über 1% unter den Erwartungen liegt und den steigenden privaten Konsum. Die Zunahme der Inflation bremst diesen Trend etwas, doch ist hin zum Wahltermin eine leichte Verbesserung der für die Wahl relevanten wirtschaftlichen Parameter zu erkennen. Was die Annahme des Frey-Schneider-Modells bezüglich der Verbesserung der Wirtschaftsfaktoren, Arbeitslosigkeit, Inflation und privater Konsum hin zum Wahltermin bestätigt.

Die Umfrageergebnisse und das tatsächliche Wahlergebnis sprechen aber eine ganz andere Sprache. So waren im Jahr 1969 gemäß einer Umfrage vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) lediglich 33% der Befragten für die in der Regierung sitzende ÖVP, 41% sprachen sich für die SPÖ aus und 5% fanden sich

im Lager der FPÖ, bei noch 20% unentschlossenen Wählern⁸³. Wenn man also die unentschlossenen Wähler ausklammert, lag die Popularität der Regierungspartei bei lediglich 41,25%, was um ungefähr 8% unter der vom Simulationsmodell berechneten Popularität liegt. Auch bei den Nationalratswahlen am 1. März 1970 änderte sich das Ergebnis für die ÖVP nicht grundlegend, sie kam zwar auf 44,7% der gültig abgegebenen Stimmen⁸⁴, doch liegt dieser Wert noch immer um über 4% unter dem vom Simulationsmodell berechneten Wert.

Nun gilt es den Ursachen für diesen doch eklatanten Unterschied zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den vom Simulationsmodell errechneten Werten auf den Grund zu gehen.

Eine Ursache für den großen Unterschied dürfte der Schock der Bevölkerung auf die Einparteienregierung gewesen sein, und der Wunsch nach einer Rückkehr zur großen Koalition. Dieser Wunsch der Bevölkerung wird belegt durch eine Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, durchgeführt im Jänner 1970, bei der sich mehr als die Hälfte der Befragten für die Zusammenarbeiten der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ aussprachen⁸⁵.

Ein weiterer Grund kann in den von mir verwendeten Daten liegen, und den daraus errechneten Erwartungswerten. Denn bei den Datensätzen zur Inflation liegen mir nur Datensätze ab 1966 vor, diese kann ich durch Recherchen im Internet und Daten von der Seite Global-Rates.com bis 1959 erweitern⁸⁶, doch dürfte die daraus errechnete erwartete Inflation auf Grund der zu geringen Datenmenge auch nicht optimal zur Berechnung der Popularität der

⁸³ Vgl. dazu Plasil, Tina: Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich: Die Nationalratswahlen von 1970 und 1971, (2006), S. 32

⁸⁴ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970.aspx

⁸⁵ Vgl. dazu Plasil, Tina: Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich: Die Nationalratswahlen von 1970 und 1971, (2006), S. 33

⁸⁶ Homepage von Global-Rates.com
<http://de.global-rates.com/wirtschaftsstatistiken/inflation/verbraucherpreisen/vpi/osterreich.aspx>

Regierungspartei sein. Ähnlich verhält es sich mit den Datensätzen für die Wachstumsrate des privaten Konsums, hier konnte ich lediglich auf Daten beginnend mit dem Jahr 1964 zurückgreifen, was natürlich einen qualitativ guten Schätzwert für die erwartete Wachstumsrate des privaten Konsums ab dem Jahr 1966 sehr schwierig macht.

Zusammenfassend kann man für diese Periode sagen, dass zwar einige wirtschaftliche Tendenzen wie das Sinken der Arbeitslosigkeit und das Steigen des nominellen Wachstums des privaten Konsums zum Wahltermin hin die Aussagen betreffend des Frey-Schneider-Modells bestätigen, doch sind die errechneten Popularitätswerte der Regierungspartei von den tatsächlichen Umfrage- und Wahlergebnissen doch so weit entfernt, dass man wohl sagen kann, dass für diesen Zeitraum der österreichischen Nationalratswahlgeschichte die Berechnungen des Frey-Schneider-Modells zu einem falschen Ergebnis führen.

5.2 Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1970 und 1971

Nach der Wahl vom 1. März 1970 kam es in Österreich zur bislang einzigen Minderheitsregierung in der Geschichte der Zweiten Republik. Diese wurde gebildet von der SPÖ, die von der FPÖ dabei unterstützt wurde. Diese Regierung hielt aber lediglich 1,5 Jahre und es kam zu Neuwahlen am 10. Oktober 1971⁸⁷. Diese politisch sehr turbulente Zeit ist sehr schwierig mit dem Frey-Schneider-Modell zu bewerten und zu berechnen, da zum einen kein 4 Jahres Wahlzyklus vorliegt und die Neuwahl mehr oder weniger überraschend kam, und zum anderen durch die Minderheitsregierung eine für dieses Modell atypische Konstellation vorliegt. Ich verzichte aus den oben genannten Gründen auf ein Eingehen auf diese Zeitperiode in dieser Arbeit, und fahre mit dem Zeitraum zwischen den Wahlen vom 10. Oktober 1971 und vom 5. Oktober 1975 fort.

⁸⁷ Vgl. dazu Gerlich, Peter; Müller, Wolfgang C.: Parteiensystem – Politische Bewegung; Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Die Zweite Republik (1997), S. 74

5.3 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1971 und 1975

Die Nationalratswahl vom 10. Oktober 1971 brachte die SPÖ als großen Sieger hervor, auf sie entfielen nämlich 50% der gültig abgegebenen Stimmen, die ÖVP brachte es auf 43,1% der insgesamt 4.556.990 Wähler die zu den Wahlurnen gingen. Die FPÖ musste sich mit einem Stimmanteil von 5,5% begnügen, die übrigen zur Wahl angetretenen Parteien verfehlten die Vier-Prozent-Hürde abermals klar. Aus diesem Ergebnis ergab sich folgende Mandatsverteilung: Die SPÖ erreichte 93 Mandate, die ÖVP kam auf 80 Mandate und die FPÖ erhielt 10 Mandate der nunmehr von 165 auf 183 erhöhten Anzahl von Sitzen im Parlament. Diese Mandatsverteilung ermöglichte es der SPÖ erstmals in der Zweiten Republik eine Alleinregierung zu bilden, unter der neuerlichen Kanzlerschaft von Bruno Kreisky.⁸⁸

Das Frey-Schneider-Modell wurde wiederum mit den wirtschaftlichen und politischen Daten programmiert. Als Vergleich für die Popularität der Regierungspartei kann ich für diese Zeitperiode leider nur das Ergebnis der Nationalratswahl vom 5. Oktober 1975 heranziehen, da mir leider keine weiteren Daten zur Verfügung stehen.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Umfrage/Wahlergebnis
01.07.1971	5,029%	1,763%	12,058%	50,000%	50,000%
01.01.1972	5,888%	2,185%	11,807%	49,813%	
01.07.1972	6,804%	1,661%	13,901%	49,747%	
01.01.1973	7,835%	1,689%	14,241%	49,432%	
01.07.1973	7,237%	1,439%	10,541%	49,277%	
01.01.1974	9,179%	1,761%	15,230%	48,827%	
01.07.1974	9,852%	1,306%	12,011%	48,224%	
01.01.1975	8,935%	2,146%	10,967%	47,818%	
01.07.1975	7,991%	1,945%	11,772%	48,007%	50,400%

⁸⁸ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1971.aspx

Abbildung 5.3.: Die Daten der Periode 1971 - 1975

Wie man in Abbildung 5.3. sehen kann, erreichte die Inflation in dieser Regierungsperiode ungeahnte Höhen, kam nahe an die 10% Marke heran, und verringerte sich hin zum Wahltermin wieder etwas bis knapp unter 8%. Diese für die Popularität einer Regierungspartei durchaus negative Tatsache konnte jedoch durch eine sehr geringe Arbeitslosenzahl die sich immer zwischen 1,3% und 2,2% bewegte, mit einer etwas sinkenden Tendenz Richtung Nationalratswahl und einer sehr hohen Wachstumsrate des privaten Konsums beinahe aufgefangen werden. Die Popularität der Regierungspartei verringerte sich im Frey-Schneider-Modell etwas und sank stetig bis kurz vor der Wahl auf etwas unter 48%, um sich dann zum Wahltermin hin wieder etwas zu erhöhen auf ein wenig über 48%.

Vergleicht man nun das Ergebnis des Simulationsmodells mit dem tatsächlichen Ausgang der Nationalratswahl vom 5. Oktober 1975 kann man feststellen, dass anstelle eines leichten Rückgangs sogar ein kleines Plus in der Wählergunst von der Regierungspartei erzielt werden konnte. Die SPÖ baute ihren Stimmanteil um 0,4% auf 50,4% aus, doch war der Unterschied diesmal zwischen Simulationsmodell und Realität um einiges geringer als noch in der zuvor in Abschnitt 5.1. verglichenen Zeitperiode. Was wiederum bestätigt wurde war die These des Frey-Schneider-Modells einer Erholung der wirtschaftlichen Faktoren Inflation und Arbeitslosigkeit hin zum Wahltermin, wobei dieser im hier betrachteten Zeitintervall etwas moderater ausfiel als in der Periode zuvor. Der Rückgang der Popularität im Simulationsmodell verglichen mit der Wirklichkeit lässt sich möglicherweise so erklären, dass eine sehr geringe Arbeitslosigkeit eine höhere Wertigkeit bei der Wählerschaft hatte als die sehr hohe Inflation.

5.4 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1975 und 1979

Die Nationalratswahl vom 5. Oktober 1975 ergab folgendes beinahe unverändertes Bild im Vergleich zur Wahl vom 10. Oktober 1971. Die SPÖ erreichte 50,4% der Stimmen, die ÖVP konnte 42,9% der Wählerschaft auf sich vereinen und die FPÖ erhielt dieses Mal 5,4% der gültig abgegebenen Stimmen. Es wurden insgesamt 4.613.432 gültige Stimmen abgegeben, die übrigen zur Nationalratswahl angetretenen Parteien schafften den Einzug in den Nationalrat auf Grund der Vier-Prozent-Hürde nicht. Die Verteilung der Sitze im Nationalrat blieb unverändert, die SPÖ erhielt abermals 93 Sitze, die ÖVP 80 und die FPÖ 10 Mandate⁸⁹. Die logische Konsequenz aus diesem Wahlergebnis war die Fortführung der SPÖ Alleinregierung unter dem Vorsitz von Bruno Kreisky.

Das Simulationsmodell wurde auf Grund der unveränderten Regierungssituation mit den Daten der zuvor beobachteten Periode beginnend im Jahr 1971 fortgeführt. Als Vergleich für die Popularität der Regierungspartei in dieser Periode kann wieder nur das Ergebnis der Nationalratswahlen vom 6. Mai 1979 angeführt werden.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Wahl/Umfrageergebnis
01.07.1975	7,991%	1,945%	11,772%	48,007%	50,400%
01.01.1976	7,504%	2,440%	10,830%	48,080%	
01.07.1976	7,138%	1,601%	11,823%	48,617%	
01.01.1977	6,022%	2,033%	11,147%	49,222%	
01.07.1977	4,990%	1,642%	11,462%	50,178%	
01.01.1978	3,752%	2,330%	4,945%	50,554%	
01.07.1978	3,401%	1,833%	1,023%	50,784%	
01.01.1979	3,397%	2,351%	9,843%	51,491%	51,000%

Abbildung 5.4.: Die Daten der Periode 1975 - 1979

⁸⁹ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1975.aspx

Wie man in Abbildung 5.4. sieht, kam es im Zeitraum zwischen 1975 und 1979 zu einem starken Rückgang der Inflation, mit einer stark fallenden Tendenz hin zum Wahltermin. Die Inflationsrate konnte mehr als halbiert werden, von knapp unter 8% auf ungefähr 3,4% im Jahr 1979. Die Arbeitslosenrate blieb fast unverändert auf einem sehr niedrigen Niveau, mit leichten saisonalen Schwankungen, mal etwas über, dann wieder etwas unter 2%. Die Wachstumsrate des privaten Konsums machte in der hier beobachteten Periode eine wahre Berg und Talfahrt durch, er sank von über 10% auf 1% um sich dann rechtzeitig zur Wahl wieder auf über 9% zu erhöhen. Die Ursache hierfür war die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 1978. Auch in der hier beobachteten Periode ist eine Verbesserung der Wirtschaftsfaktoren hin zum Wahlzeitpunkt ganz klar erkennbar.

Auf die Popularität der Regierungspartei im Simulationsmodell haben diese Veränderungen ganz klare Auswirkungen. Durch die konstant niedrige Arbeitslosigkeit, bei einem starken Rückgang der Inflationsrate steigt die Popularität der Regierungspartei bis hin zum ersten Halbjahr 1979 auf rund 51,5%. Der kurzfristige Einbruch des nominellen Wachstums des privaten Konsums bremst diesen Anstieg zwar leicht, hat aber, durch seine geringe Gewichtung im Vergleich mit den anderen Wirtschaftsfaktoren und seiner anschließend raschen Erholung, keinen signifikanten Einfluss auf den Zuwachs der Popularität der Regierungspartei im Simulationsmodell. Verglichen mit dem tatsächlich erreichten Ergebnis der SPÖ bei der Nationalratswahl vom 6. Mai 1979 von 51% der Stimmen⁹⁰, kann man davon sprechen, dass das Simulationsmodell einen Wert geliefert hat, der sehr nahe an der Realität liegt.

⁹⁰ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1979.aspx

5.5 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1979 und 1983

Die Nationalratswahl vom 6. Mai 1979 brachte abermals die SPÖ als Sieger hervor, dieses Mal mit einem Stimmanteil von 51% der 4.729.251 gültig abgegebenen Stimmen. Die ÖVP kam bei diesem Urnengang auf 41,9% der Stimmen und die FPÖ erreichte 6,1% der Stimmen, die übrigen zur Nationalratswahl angetretenen Parteien verpassten die zum Einzug ins Parlament nötige Vier-Prozent-Marke klar. Somit ergab sich folgende Verteilung der Sitze im Parlament, die SPÖ kam auf 95 Sitze und abermals die absolute Mehrheit, die ÖVP zog mit 77 Mandataren ins Parlament ein und die FPÖ stellte 11 Parlamentarier⁹¹. Zum vierten und nunmehr letzten Mal nahm die Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Bruno Kreisky ihre Arbeit auf.

Da die SPÖ abermals die Regierung stellte wurde auch die Berechnung des Simulationsmodells aus der Vorperiode fortgeführt. Als Referenzwert für die Popularität der Regierungspartei kann wieder nur das Ergebnis der Nationalratswahl vom 24. April 1983 in die Analyse der Daten mit einbezogen werden.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Wahl/Umfrageergebnis
01.01.1979	3,397%	2,351%	9,843%	51,491%	51,000%
01.07.1979	4,014%	1,661%	8,500%	51,887%	
01.01.1980	5,873%	2,053%	8,256%	51,388%	
01.07.1980	6,773%	1,691%	7,809%	50,817%	
01.01.1981	6,887%	2,442%	8,143%	50,168%	
01.07.1981	6,724%	2,389%	7,742%	49,728%	
01.01.1982	5,978%	3,845%	8,379%	49,201%	
01.07.1982	4,911%	3,489%	6,420%	49,052%	
01.01.1983	3,274%	4,952%	7,817%	49,036%	47,600%

Abbildung 5.5.: Die Daten der Periode 1979 - 1983

⁹¹Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1979.aspx

Wie man aus der Abbildung 5.5. sehen kann, kam es im Zeitraum zwischen 1979 und 1983 zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Sie erhöhte sich von ungefähr 2% auf knapp 5% im ersten Halbjahr 1983. Die Inflationsrate machte auch eine rasante Berg und Talfahrt durch, sie erhöhte sich bis Ende 1981 hin auf ungefähr 7% was eine Verdoppelung in 2,5 Jahren bedeutete, um sich dann wieder hin zum Wahltermin in 1,5 Jahren auf unter 3,5% zu halbieren. Diese Tendenz spricht für die These des Frey-Schneider-Modells der von der Politik gesteuerten Wirtschaftspolitik hin zum Zeitpunkt der Wahl. Die Wachstumsrate des privaten Konsums bewegte sich in diesem Zeitabschnitt immer in der Nähe von 7% bis 8%, und hatte keinen großen Einfluss auf die Popularitätsfunktion des Simulationsmodells.

Die Popularitätsfunktion der Regierungspartei im Simulationsmodell zeigt einen eindeutigen Rückgang auf, der Hauptgrund dafür ist die stark steigende Arbeitslosigkeit. Zum Wahlzeitpunkt weist die Popularität der Regierung im Simulationsmodell etwas mehr als 49% auf, das tatsächliche Wahlergebnis für die SPÖ belief sich auf 47,6%⁹². Man kann auch hier sagen, dass der Trend durch das Simulationsmodell bestätigt wird, doch nicht so stark ausgeprägt ist wie in der Wirklichkeit. Diese Abweichung kann zum einen möglicherweise mit dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zusammen hängen und der daraus resultierenden Unzufriedenheit der Bevölkerung, und zum anderen mit der zunehmend schlechten gesundheitlichen Verfassung des SPÖ-Spitzenkandidaten Bruno Kreisky und der damit verbundenen Unsicherheit der Wählerschaft über die Fortsetzung seiner politischen Karriere. Denn es gab das Phänomen der sogenannten „Kreisky-Wähler“, das waren jene rund 5% der österreichischen Wählerschaft, die sich mehr von der Person des Bundeskanzlers Bruno Kreisky angesprochen fühlten als von dessen Partei⁹³.

⁹²Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1983.aspx

⁹³ Vgl. dazu Haerpfer, Christian W.: Parteiensystem – Politische Bewegung; Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Die Zweite Republik (1997), S. 533

5.6 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1983 und 1986

Bei den Nationalratswahlen vom 24. April 1983 verlor die SPÖ ihre absolute Mehrheit und erreichte nur noch 47,6% der 4.853.417 gültig abgegebenen Stimmen, die ÖVP konnte leicht zulegen und erhielt 43,2% der Stimmen und die FPÖ erreichte genau 5% der Stimmen. Die übrigen Parteien, darunter 2 Fraktionen die dem Grünen Lager zuzuordnen sind und erstmals antraten verfehlten die Vier-Prozent-Hürde klar und konnten keine Sitze im Parlament ergattern. Somit ergab sich folgende Mandatsverteilung im Parlament. Die SPÖ erreichte 90 Mandate, die ÖVP durfte 81 Abgeordnete ins Parlament schicken und die FPÖ stellte 12 Abgeordnete⁹⁴. Die SPÖ konnte sich auf eine Zusammenarbeit mit der FPÖ einigen, und sie bildeten eine rot-blaue Koalition unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Fred Sinowatz, der im Zuge der Affäre um Bundespräsident Kurt Waldheim im Jahr 1986 seinen Rücktritt bekannt gab und Franz Vranitzky als Bundeskanzler Platz machte. Die Koalition hielt aber nicht über die gesamte Legislaturperiode, denn nach einem Machtwechsel innerhalb der FPÖ, bei dem Jörg Haider durch eine Kampfabstimmung am 13. September 1986 den amtierenden Parteivorsitzenden und Vizekanzler Norbert Steger als Vorsitzenden der FPÖ ablöste, beendete Franz Vranitzky die Koalition mit der FPÖ und setzte Neuwahlen an.

Für das Simulationsmodell muss man nun einige Kompromisse finden um zu Ergebnissen zu gelangen. Die Problematik stellt sich nun wie folgt dar: Zum einen handelt es sich hier nicht um eine volle Legislaturperiode, sondern um eine um ein halbes Jahr verkürzte und zum anderen muss man von der grundlegenden Idee des Frey-Schneider-Modells von nur einer Regierungspartei abweichen und die Berechnungen mit 2 Regierungsparteien durchführen. Diese Problematik stellt sich auch in den folgenden für die Fallstudie herangezogenen Regierungsperioden. Bei der Bewertung des Parteienwettbewerbs spricht man von

⁹⁴ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1983.aspx

1983 weg bis zum heutigen Tag von der Wettbewerbsform des gemäßigten Pluralismus. Die Merkmale des gemäßigten Pluralismus sind eine Politlandschaft von 3 bis 5 Parteien, von denen keine eine absolute Mehrheit hat, und die dadurch gezwungen sind Koalitionsregierungen zu bilden, die einander ablösen⁹⁵.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Umfrage/Wahlergebnis
01.01.1983	3,274%	4,952%	7,817%	52,600%	52,600%
01.07.1983	3,408%	3,948%	9,122%	52,819%	
01.01.1984	5,878%	5,093%	6,813%	51,431%	
01.07.1984	5,453%	3,987%	4,494%	50,649%	
01.01.1985	3,532%	5,310%	5,713%	50,340%	
01.07.1985	2,853%	4,316%	5,863%	50,568%	
01.01.1986	1,942%	5,575%	3,501%	50,347%	
01.07.1986	1,474%	4,796%	3,954%	50,516%	52,800%

Abbildung 5.6.: Die Daten der Periode 1983 - 1986

Wie man in Abbildung 5.6. sehen kann steigt die Inflation bis zum Jahr 1984 stark an auf knapp unter 6% um sich dann wieder Richtung avisierten Wahltermin hin stark zu erholen, auf einen Wert unter 1,5%. Die stark fallende Inflation hin zum geplanten Wahltermin bestätigt abermals die Aussage des Frey-Schneider-Modells, dass die Politik versucht, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gute Stimmung unter der Wählerschaft zu erzeugen. Die Arbeitslosigkeit steigt während des gesamten hier beobachteten Zeitraums an, wobei ein saisonaler Trend zu erkennen ist. Im ersten Halbjahr ist die Arbeitslosigkeit um cirka 1 Prozent höher als im zweiten Halbjahr, dieser Trend setzt sich die nächsten Jahre auch fort und verstärkt sich noch etwas. Die Wachstumsrate des privaten Konsums fällt im Beobachtungszeitraum von knapp über 8% auf cirka 5,5% im zweiten Halbjahr 1986.

Die Popularitätsfunktion im Simulationsmodell verringert sich im Beobachtungszeitraum von anfänglich 52,6% auf knapp über 50,5% hin zum

⁹⁵ Vgl. dazu Müller, Wolfgang C.: Parteiensystem – Politische Bewegung; Handbuch des Politischen Systems Österreichs, Die Zweite Republik (1997), S. 225ff.

Wahltermin. Das addierte Wahlergebnis der beiden Regierungsparteien bei den Nationalratswahlen vom 23. November 1986 beläuft sich auf 52,8%, was zu einer Fortführung der rot-blauen Koalition gereicht hätte. Das Ergebnis des Simulationsmodells und das tatsächliche Wahlergebnis liegen mit 2,3% doch relativ deutlich auseinander, wobei das Simulationsmodell eine klar negative Tendenz aufzeigt und das tatsächliche addierte Wahlergebnis der beiden Regierungsparteien eine leicht positive Tendenz aufweist. Wobei hier aber nicht zu große Rückschlüsse gezogen werden dürfen, da es sich bei der hier beobachteten Periode um eine innen- wie außenpolitisch sehr turbulente Zeit handelte. Die SPÖ wurde anscheinend für die steigende Arbeitslosigkeit und dem Rückgang des nominellen privaten Wachstums des Konsums verantwortlich gemacht indem sie 4,5% an Stimmen verlor. Die FPÖ konnte hingegen einen Zuwachs von 4,7% der Stimmen verzeichnen und ihr Ergebnis fast verdoppeln⁹⁶. Außenpolitisch wurde von Seiten der SPÖ Stimmung gegen Bundespräsident Kurt Waldheim gemacht, was möglicherweise beim Urnengang von der Wählerschaft negativ bewertet wurde. Diese Entwicklung und die Person Jörg Haider veranlassten die SPÖ dann auch die Koalition zu beenden und eine große Koalition mit der ÖVP einzugehen.

5.7 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1986 und 1990

Die Nationalratswahl vom 23. November 1986 hatte die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP als große Verlierer. Die SPÖ verlor im Vergleich zur Nationalratswahl vom 24. April 1983 4,5% der Stimmen und erreichte nur noch 43,1% der insgesamt 4.852.188 gültig abgegebenen Stimmen, die ÖVP verlor 1,9% und erreichte nur noch 41,3% der Stimmen. Die großen Sieger dieser Wahl waren auf der einen Seite die FPÖ, die erstmals mit Jörg Haider als Spitzenkandidat antrat und einen Zuwachs von 4,7% auf 9,7% verbuchen konnte, und auf der anderen

⁹⁶ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx

Seit die Grünen, die mit 4,8% der Stimmen erstmals den Einzug ins Parlament schafften. Daraus ergab sich nun folgende Sitzverteilung im Parlament. Die SPÖ erhielt 80 Mandate, die ÖVP konnte 77 Sitze im Hohen Haus besetzen, die FPÖ stellte 18 Abgeordnete und die Grünen kamen auf 8 Mandate im Parlament⁹⁷. Die SPÖ einigte sich nach den Wahlen auf eine große Koalition mit der ÖVP unter der Führung von Bundeskanzler Franz Vranitzky.

Für diese Beobachtungsperiode stehen mir erstmals auch Umfragedaten vom Meinungsforschungsinstitut Österreichische Gesellschaft für Marketing (OGM) zur Verfügung, beginnend mit dem ersten Halbjahr des Jahres 1989.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Umfrage/Wahlergebnis
01.07.1986	1,474%	4,796%	3,954%	84,400%	84,400%
01.01.1987	0,830%	6,205%	2,881%	84,084%	
01.07.1987	1,978%	4,951%	5,193%	83,914%	
01.01.1988	1,938%	5,928%	6,746%	83,524%	
01.07.1988	1,893%	4,764%	3,742%	83,307%	
01.01.1989	2,435%	5,339%	5,300%	82,855%	74,000%
01.07.1989	2,692%	4,575%	7,005%	82,781%	74,000%
01.01.1990	3,043%	5,488%	7,888%	82,348%	73,500%
01.07.1990	3,477%	5,231%	5,946%	81,755%	74,900%

Abbildung 5.7.: Die Daten der Periode 1986 - 1990

Wie man in Abbildung 5.7. sehen kann, steigt die Inflation in dieser Regierungsperiode rasant an und erhöht sich von knapp unter 1% auf fast 3,5% hin zum Wahltermin im zweiten Halbjahr 1990. Die Arbeitslosigkeit pendelt im gesamten beobachteten Zeitraum in einem Bereich um die 5% herum, mal etwas darüber, dann wieder etwas darunter, mit einem leichten Anstieg hin zur Nationalratswahl 1990 auf knapp über 6%. Die Wachstumsrate des privaten Konsums bewegt sich auch in einem Bereich um die 5%, steigt aber in Richtung Wahltermin auf über 6%, was in dieser Periode die einzige leichte Verbesserung eines wirtschaftlichen Wertes bedeutet.

⁹⁷ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx

Die Popularitätswerte der beiden Regierungsparteien im Simulationsmodell verschlechtern sich durch die durchwegs negative Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Land. Doch fällt die Verschlechterung der Popularitätswerte im Simulationsmodell bei weitem geringer aus als jene in der Realität. Im Simulationsmodell verringert sich die Popularität der Regierung um lediglich etwas über 2,6%, in den Umfrageergebnissen und bei den Nationalratswahlen vom 7. Oktober 1990 müssen die SPÖ und die ÖVP Einbußen von um die 10% hinnehmen⁹⁸.

Dieser Unterschied zwischen Simulationsmodell und Realität ist sehr groß, und spricht nicht für das Frey-Schneider-Modell. Dieses Ergebnis kann aber möglicherweise durch den sehr hohen Wähleranteil der beiden Regierungsparteien von über 84% erklärt werden, von denen viele mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes unzufrieden waren und den beiden Regierungsparteien dafür die Rechnung präsentierten.

Die Wirtschaftsfaktoren Arbeitslosigkeit und Inflation verbesserten sich nicht je näher der Wahltermin kam, sie verschlechterten sich zum Teil stark, die Wachstumsrate des privaten Konsums konnte leicht gesteigert werden. Diese Tendenz steht nicht in Einklang mit der im Frey-Schneider-Modell aufgestellten These der Einflussnahme der Politik auf die Wirtschaft, doch waren der Regierung möglicherweise die kurzfristigen Popularitätswerte auf Grund ihrer klaren Mehrheit weniger wichtig, als langfristige wirtschaftspolitische Maßnahmen⁹⁹. Die negative wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich klar im Wahlergebnis der Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 nieder. Wieso aber lediglich die ÖVP mit einem satten Minus dafür bestraft wurde und die SPÖ kaum verlor, lässt sich am ehesten dadurch erklären, dass viele Wähler von der

⁹⁸ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1990.aspx

⁹⁹ Vgl. dazu Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Modelle: Ein theoretischer und empirischer Ansatz, (1978), S. 97

ÖVP zur FPÖ wanderten, da sie dort ihre Interessen besser vertreten sahen. Die SPÖ Wählerschaft sah in der FPÖ hingegen kaum eine attraktive Alternative zu ihrer Stammpartei.

5.8 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1990 und 1994

Die Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 hatte einen großen Verlierer, nämlich die ÖVP, sie verlor 9,2% der Stimmen und sank von 41,3% auf 32,1% in der Wählergunst. Die zweite Regierungspartei, die SPÖ, konnte hingegen ihren Stimmanteil beinahe behaupten und büßte lediglich 0,3% der Stimmen ein, was ihr immer noch einen recht ansehnlichen Stimmanteil von 42,8% bescherte. Die FPÖ ging als der große Sieger aus diesen Wahlen hervor und konnte abermals stark zulegen, ihr Stimmanteil erhöhte sich im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren um 6,9% auf 16,6%. Die Grünen konnten ihr Resultat von den Vorwahlen halten und abermals mit 4,8% der Wählerschaft auf ihrer Seite in den Nationalrat einziehen. Die übrigen zur Wahl angetretenen Parteien verfehlten die Vier-Prozent-Hürde klar.

Dieses Wahlergebnis hatte nachstehende Mandatsverteilung im Hohen Haus zur Folge: Die SPÖ hielt ihre 80 Mandate, die ÖVP verlor 17 Sitze im Parlament und hielt bei 60 Mandaten, die FPÖ gewann 15 Mandate hinzu und stellte 33 Abgeordnete im Nationalrat, die Grünen konnten zwar vom Stimmanteil her nicht zulegen, gewannen jedoch begünstigt durch die Wahlarithmetik 2 Mandate dazu und hielten nunmehr bei 10 Mandaten. Die beiden Großparteien bildeten abermals eine Koalition unter der Kanzlerschaft von Franz Vranitzky¹⁰⁰.

Da die Popularitätsfunktion in der Vorperiode sehr deutlich über dem tatsächlichen Wahlergebnis lag, habe ich mich dazu entschieden das

¹⁰⁰ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1990.aspx

Simulationsmodell neu zu starten um die Ergebnisse nicht zu verfälschen, obwohl die Regierungskonstellation gleich geblieben ist.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Umfrage/Wahlergebnis
01.07.1990	3,477%	5,231%	5,946%	74,900%	74,900%
01.01.1991	3,430%	6,198%	6,083%	74,126%	74,000%
01.07.1991	3,256%	5,441%	6,887%	73,864%	77,000%
01.01.1992	4,060%	6,160%	7,154%	73,122%	
01.07.1992	3,985%	5,734%	4,816%	72,499%	72,000%
01.01.1993	3,788%	7,112%	3,553%	71,495%	69,000%
01.07.1993	3,467%	6,458%	3,752%	71,005%	69,000%
01.01.1994	3,016%	7,022%	6,462%	70,755%	68,500%
01.07.1994	2,903%	6,068%	7,069%	70,887%	62,600%

Abbildung 5.8.: Die Daten der Periode 1990 - 1994

Wie man aus Abbildung 5.8. erkennen kann steigt die Inflationsrate bis ins Jahr 1992 weiter leicht an, auf in etwa 4% um sich dann in Richtung Wahltermin 1994 auf knapp unter 3% zu verringern. Die Arbeitslosigkeit nimmt bis 1993 auch stetig zu, bis auf etwas über 7%, um sich dann im Jahr der Nationalratswahl 1994 wieder ein klein wenig zu erholen. Das nominelle Wachstum des privaten Konsums verringert sich im Beobachtungszeitraum von über 6% auf ungefähr 5%. Die Wirtschaftsfaktoren Arbeitslosigkeit und Inflation verbessern sich knapp vor den Wahlen etwas, das Wachstum des private Konsum verschlechtert sich ein wenig, doch würde ich hier auf Grund der vorhandenen Werte doch die These des Frey-Schneider-Modells der Einflussnahme der Politik auf die Wirtschaft vor den Wahlen bestätigt sehen.

Die Popularitätsfunktion im Simulationsmodell verringert sich im beobachteten Zeitraum um etwas mehr als 4% von 74,9% auf 70,8%. Verglichen mit den Umfragewerten liefert das Simulationsmodell, abgesehen von einem Umfrageausreißer im zweiten Halbjahr 1991, sehr gute Werte. Jedoch liegt das tatsächliche Wahlergebnis der Nationalratswahl vom 9.Oktober 1994 deutlich unter den Umfragewerten und dem Ergebnis des Simulationsmodells. Der Trend der tatsächlichen Entwicklung der Wählergunst wird vom Simulationsmodell

abermals bestätigt, doch spiegelt sich der Rückgang der Popularität im Simulationsmodell wiederum nicht annähernd in dem Ausmaß nieder, welches er in der Realität hat. Dies kann wie auch schon in der Vorperiode daran liegen, dass die Regierungsparteien noch immer über eine sehr starke Mehrheit verfügen, und ihnen beim Urnengang ein neuerlicher Denkmittel für die nach wie vor schlechte Entwicklung der Wirtschaftsfaktoren Arbeitslosigkeit und Inflation verpasst wurde.

5.9 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1994 und 1995

Die Nationalratswahl vom 9. Oktober 1994 brachte abermals herbe Verluste für die beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP. Die SPÖ, deren Kürzel seit einer Umbenennung im Jahre 1991 für Sozialdemokratische Partei Österreichs steht, verlor 7,9% der Stimmen und hielt bei 34,9%, die ÖVP verlor 4,4% der Stimmen und hielt nur noch 27,7%, die FPÖ gewann erneut und konnte mit einem Plus von 5,9% ihren Stimmanteil auf 22,5% aufstocken, die Grünen konnten auch klare Gewinne verbuchen und steigerten sich um 2,5% auf 7,3% der Wählerschaft. Erstmals in den Nationalrat konnte das Liberale Forum (LIF) unter der Führung von Heide Schmidt einziehen. Diese Fraktion konnte 6% der Stimmen für sich verbuchen. Die SPÖ bildete mit der ÖVP abermals eine große Koalition, doch kam es nach dem Rückzug von Erhard Busek zu Differenzen zwischen seinem Nachfolger Wolfgang Schüssel und Bundeskanzler Franz Vranitzky, woraufhin Neuwahlen für den 17. Dezember 1995 ausgerufen wurden¹⁰¹.

Auf Grund der nur etwas mehr als ein Jahr andauernden Legislaturperiode dieser Regierung verzichte ich auf die Berechnung des Frey-Schneider-Modells für diese Periode, da in der kurzen Zeit kaum Rückschlüsse und Beobachtungen mit dem

¹⁰¹ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1994.aspx

Simulationsmodell zulässig sind. Ich fahre mit der Periode zwischen 1995 und 1999 fort.

5.10 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1995 und 1999

Bei den von der SPÖ und ÖVP herbeigeführten vorgezogenen Neuwahlen vom 17. Dezember 1995 kam es zu folgenden Ergebnissen: Die SPÖ gewann im Vergleich mit der Wahl vor etwas über einem Jahr 3,2% der Stimmen und erreichte 38,1%. Die ÖVP konnte auch leichte Gewinne einfahren und verbesserte ihr Ergebnis um 0,6% auf 28,3%. Die FPÖ verlor 0,5% und konnte 22% der Wähler auf ihre Seite bringen. Die Grünen waren die großen Verlierer, sie büßten 2,5% ihrer Stimmen ein und kamen auf 4,8%. Das Liberale Forum musste zwar auch Verluste hinnehmen, doch fielen die mit 0,5% geringer aus als bei den Grünen, welche sie mit einem Stimmanteil von 5,5% auch überholten. Dieses Ergebnis hatte folgende Sitzverteilung im Hohen Haus zur Folge: Die SPÖ gewann 6 Mandate und hielt nun bei 71, die ÖVP behielt ihre 52 Sitze, die FPÖ verlor 1 Mandat und hatte immer noch beachtliche 41, die Grünen verloren 4 Sitze im Parlament und mussten sich mit deren 9 begnügen und das Liberale Forum verlor auch 1 Mandat und kam auf 10. Die beiden Regierungsparteien sahen ihren Stimmenzugewinn als positives Votum der Wähler für ihre Arbeit und führten die seit 1986 bestehende große Koalition fort¹⁰².

¹⁰² Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1995.aspx

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Umfrage/Wahlergebnis
01.07.1995	1,990%	6,272%	3,702%	66,400%	66,400%
01.01.1996	1,642%	7,602%	8,850%	66,448%	56,000%
01.07.1996	2,069%	6,471%	0,859%	65,960%	61,000%
01.01.1997	1,801%	7,567%	0,391%	65,256%	61,000%
01.07.1997	0,833%	6,648%	3,389%	65,555%	
01.01.1998	1,038%	7,689%	2,923%	65,256%	65,000%
01.07.1998	0,805%	6,669%	2,707%	65,365%	66,000%
01.01.1999	0,408%	7,365%	1,531%	65,222%	66,000%
01.07.1999	0,717%	5,962%	3,233%	65,572%	60,060%

Abbildung 5.10.: Die Daten der Periode 1995 - 1999

Das Simulationsmodell wurde mit neuen Daten gestartet, und es brachte die in Abbildung 5.10. zu sehenden Ergebnisse hervor. Die Inflation verringerte sich über den beobachteten Zeitraum von ungefähr 2% hin zum nächsten Wahltermin auf 0,7%. Die Arbeitslosenrate stieg zu Beginn dieser Beobachtungsperiode auf circa 7%, um sich dann hin zum Wahltermin wieder etwas zu erholen auf einen Wert von etwa 6%. Die Wachstumsrate des privaten Konsums ging sehr stark zurück von knapp 9% auf unter 1%, um sich dann hin zur nächsten Wahl wieder etwas zu erholen auf etwas über 3%. Der Trend zu besseren Werten der Wirtschaftsfaktoren je näher der Wahltermin rückt ist auch in dieser Periode klar zu erkennen.

Die Popularität der Regierungsparteien im Simulationsmodell verschlechtert sich um circa 1%, von 66,4% mit einer leichten Erholung in Richtung Wahltermin auf 65,8%. Die Meinungsumfragen und das tatsächliche Nationalratswahlergebnis zeigen andere Werte auf. In den Meinungsumfragen kommt es nach den Wahlen von 1995 zu herben Verlusten der beiden Regierungsparteien, die verlorene Gunst der Bevölkerung wird aber bis Anfang 1998 wieder zurück gewonnen, und die Umfragewerte decken sich bis zur Nationalratswahl mit den Ergebnissen des Simulationsmodells. Dieser Einbruch kann möglicherweise mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die aus ihrer Sicht unnützen Neuwahlen zusammen hängen, da im Anschluss an die Wahlen die Regierung in gleicher Konstellation weiter gearbeitet hat. Das tatsächliche Wahlergebnis liegt dann mit

60% jedoch wieder um 5,5% unter dem berechneten Wert des Simulationsmodells und auch unter den Umfragewerten¹⁰³.

Der Trend des Rückgangs der Popularität der Regierungsparteien wird im Simulationsmodell wie auch in den Umfragewerten bestätigt, wobei dieser bei weitem nicht so stark zu erkennen ist wie es das Nationalratswahlergebnis vom 3.Oktober 1999 darstellt. Die Wirtschaftsfaktoren sind zu einem Teil sicher der Grund für die Verluste der Regierungsparteien, doch waren Einbußen bei der Wählergunst in diesen Ausmaß nicht zu erwarten.

5.11 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 1999 und 2002

Bei der Nationalratswahl vom 3.Oktober 1999 ging trotz starker Verluste die SPÖ als stärkste Partei hervor, mit einem Stimmanteil von 33,2% der 4.622.354 gültig abgegebenen Stimmen. Die ÖVP und die FPÖ kamen auf jeweils 26,9% der Stimmen, die Grünen konnten 7,4% der Wähler auf ihre Seite bringen und das Liberale Forum kam auf 3,7%, womit es den Einzug ins Parlament verpasste. Aus diesem Ergebnis ergab sich folgende Mandatsverteilung. Die SPÖ erhielt 65 Mandate, die ÖVP wie auch die FPÖ stellten 52 Mandatare und die Grünen konnten 14 Sitze im Parlament erkämpfen¹⁰⁴.

Die Regierungsverhandlung über die Fortführung der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP scheiterten, woraufhin sich die ÖVP auf eine Zusammenarbeit mit der FPÖ unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel einigte. Es war das erste Mal in der Geschichte der Zweiten Republik, dass der Kanzler nicht von der nach Stimmen stärksten oder zweitstärksten Partei gestellt wurde.

¹⁰³ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1999.aspx

¹⁰⁴ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1999.aspx

Das Simulationsmodell wurde nun mit den neuen Daten programmiert, wobei es sich hier abermals leider wieder um keine vollständige Legislaturperiode handelt, da es auf Grund von Zerwürfnissen innerhalb der FPÖ beim außerordentlichen Parteitag in Knittelfeld zu Neuwahlen am 24.November 2002 kam.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	POP	Umfrage/Wahlergebnis
01.07.1999	0,717%	5,962%	3,233%	53,800%	53,800%
01.01.2000	1,852%	6,474%	6,498%	53,767%	53,000%
01.07.2000	2,847%	5,208%	3,900%	53,628%	54,750%
01.01.2001	2,959%	6,241%	3,816%	53,210%	50,750%
01.07.2001	2,380%	5,929%	2,594%	53,137%	51,600%
01.01.2002	1,860%	7,249%	0,591%	52,672%	50,600%
01.07.2002	1,746%	6,480%	2,645%	52,751%	52,300%

Abbildung 5.11.: Die Daten der Periode 1999 - 2002

Wie man in Abbildung 5.11. sehen kann kam es nach der Wahl zu einem Anstieg der Inflation, gegen Ende der Periode verringerte sich die Inflation wieder ein wenig. Die Arbeitslosigkeit blieb auf einem relativ hohen Niveau mit einer leicht steigenden Tendenz. Die Wachstumsrate des privaten Konsums stieg zu Beginn der beobachteten Periode stark an, sein Wachstum kam im ersten Halbjahr 2001 beinahe völlig zum Erliegen. Die Popularität der Regierungsparteien im Simulationsmodell verringerte sich über die Legislaturperiode um circa 1% auf 52,7%, was sich auch annähernd mit den Umfrageergebnissen und dem tatsächlichen Wahlergebnis der Nationalratswahl vom 24.November 2002, das bei 52,3% liegt, deckt, wobei die Umfragewerte etwas größeren Schwankungen unterliegen, doch den leichten Abwärtstrend bestätigen.

Da es in der hier beobachteten Periode zu vorgezogenen Wahlen gekommen ist, kann über die Einflussnahme der Politik auf die Wirtschaftsfaktoren keine Aussage getätigt werden. Die Popularitätsfunktion im Frey-Schneider-Modell liefert sehr gute Ergebnisse verglichen mit den Umfrageergebnissen und dem tatsächlichen Wahlergebnis. Die Wirtschaftsfaktoren und hier vor allem die höhere Arbeitslosigkeit und Inflation haben sicher einen Einfluss auf das

Wahlergebnis gehabt, wobei die Streitigkeiten in der FPÖ zu deren massiven Verlusten von fast 17% geführt haben. Die ÖVP konnte hingegen einen Großteil der von der FPÖ verlorenen Stimmen auf ihre Seite bringen und ein sattes Plus von 15,4% einfahren¹⁰⁵.

5.12 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 2002 und 2006

Die Nationalratswahl vom 24. November 2002 brachte die ÖVP als großen Gewinner hervor, sie konnte 15,4% der Stimmen hinzu gewinnen und erhielt 42,3% der 4909645 gültig abgegebenen Stimmen. Den zweiten Platz bei dieser Wahl belegte die SPÖ, sie gewann 3,4% hinzu und brachte 36,5% der Wähler auf ihre Seite. Die FPÖ war nach den innerparteilichen Unstimmigkeiten und den daraus resultierenden Neuwahlen der große Verlierer dieser Wahlen, sie verlor 16,9% und fand sich bei lediglich 10% der Stimmen wieder. Die Grünen konnten auch beachtliche Gewinne verbuchen, sie legten um 2,1% zu und erreichten 9,5% der Stimmen. Die übrigen zur Nationalratswahl angetretenen Parteien verpassten den Einzug in den Nationalrat deutlich. Dieses Ergebnis führte zu folgender Mandatsverteilung. Die ÖVP konnte 79 Sitze im Parlament für sich beanspruchen, die SPÖ bekam 69 Mandate, die FPÖ deren 18 und die Grünen durften 17 Abgeordnete ins Parlament schicken. Nach mehreren Monaten der sogenannten Sondierungsgespräche der ÖVP mit den drei übrigen Parteien konnte sie sich schließlich mit der FPÖ auf eine Fortführung der Koalition unter der Kanzlerschaft von Wolfgang Schüssel einigen¹⁰⁶.

¹⁰⁵ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_2002.aspx

¹⁰⁶ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_2002.aspx

Für das Programmieren des Simulationsmodells gibt es abermals eine Abweichung von den idealen Umständen, es handelt sich zwar um eine 4 Jahre andauernde Legislaturperiode, doch gibt es in der hier beobachteten Periode eine Veränderung in der Regierung. Durch die Spaltung der FPÖ im Frühjahr 2005, bei der alle Regierungsmitglieder und führende Vertreter wie Jörg Haider das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) gründeten, wurde die Koalition mit der FPÖ aufgekündigt und die ÖVP ging eine Koalition mit der neu gegründeten Partei BZÖ ein. Auf Grund dieser Änderungen in der Regierung werden ab 2005 die Umfragewerte und die Ergebnisse des BZÖ zur Berechnung des Simulationsmodells herbei gezogen, da die handelnden Personen ja gleich blieben. Es sind jedoch starke Einbußen bei den Umfrageergebnissen zu erkennen, da viele Wähler der FPÖ treu blieben und nicht mit auf die Seite des BZÖ wechselten.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	POP	Umfrage/Wahlergebnis
01.07.2002	1,746%	6,480%	2,645%	52,751%	52,300%
01.01.2003	1,474%	7,335%	2,978%	52,621%	47,200%
01.07.2003	1,239%	6,692%	2,879%	52,763%	43,500%
01.01.2004	1,671%	7,511%	4,248%	52,519%	44,800%
01.07.2004	2,448%	6,666%	3,897%	52,273%	44,330%
01.01.2005	2,638%	7,614%	4,000%	51,706%	41,333%
01.07.2005	1,978%	6,901%	5,823%	51,865%	40,666%
01.01.2006	1,457%	7,398%	4,752%	51,885%	41,286%
01.07.2006	1,447%	6,201%	3,424%	52,168%	38,440%

Abbildung 5.12.: Die Daten der Periode 2002 - 2006

Wie man in Abbildung 5.12. sehen kann steigt die Inflation während der beobachteten Periode von unter 1,5% auf über 2,6% im ersten Halbjahr 2005, um sich hin zum Wahltermin wieder auf unter 1,5% zu reduzieren. Die Arbeitslosigkeit bewegt sich immer zwischen 6% und 7,5%, wobei auch hier ein leichter Anstieg für 2005 zu verzeichnen ist, mit einer anschließenden leichten Erholung zum Nationalratswahltermin. Das nominelle Wachstum des privaten Konsums steigt von etwas über 2,5% auf knapp 6%, um sich dann hin zur Wahl auf 3,5% zu verringern. In der hier beobachteten Periode bestätigt sich die

Theorie der besseren Wirtschaftsfaktoren hin zum geplanten Wahlzeitpunkt auf ein Neues, wenn auch die Schwankungen nur gering sind.

Die Popularitätsfunktion im Simulationsmodell verringert sich um etwas mehr als 0,5%. Der Rückgang der Umfragewerte und das tatsächliche Wahlergebnis zeigen Verluste von über 10% bis hin zur Wahl gab es Einbußen von knapp 14%. Dies ist natürlich den Unstimmigkeiten innerhalb der FPÖ zuzurechnen, und der damit verbundenen Abspaltung des BZÖ. Doch büßte auch die ÖVP knapp 8% ein, dies kann mit der Unzufriedenheit der Wähler über den Wechsel des Koalitionspartners zusammen hängen. Der leichte Trend einer Verschlechterung der Popularität der Regierungsparteien wird in der Realität durch exogene Faktoren um ein Vielfaches verstärkt. Durch diese im Simulationsmodell nicht kalkulierbaren Einflüsse sollte man aus der hier berechneten Popularitätsfunktion keine Rückschlüsse ziehen.

5.13 Die Periode zwischen den Nationalratswahlen von 2006 und 2008

Die Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006 hatte folgenden Ausgang. Die SPÖ war stimmenstärkste Partei und erreichte 35,3% der Stimmen, die ÖVP kam auf 34,3% der 4793699 gültig abgegeben Stimmen. Die Grünen erreichten 11% gleich wie die FPÖ, das BZÖ schaffte den Einzug ins Parlament mit 4,1% der Stimmen knapp¹⁰⁷. Nach langen und zähen Verhandlungen einigten sich die SPÖ und die ÖVP auf die Bildung einer großen Koalition, welche aber nur bis 2008 hielt. Es kam abermals zu Neuwahlen am 28. September 2008. Auf Grund der verkürzten Legislaturperiode liefert das Simulationsmodell kaum brauchbare Werte.

¹⁰⁷ Homepage des Bundesministerium für Inneres
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/End_Gesamt.aspx

5.14 Ein Ausblick auf die Zeit nach den Wahlen 2008 in Richtung Nationalratswahlen 2013

Die Nationalratswahl vom 28. September 2008 brachte erhebliche Einbußen für die beiden Großparteien, die SPÖ verlor 6% der Stimmen und hatte 29,3% der 4.990.952 Wähler die zur Wahlurne gingen auf ihrer Seite. Die Verluste der ÖVP waren mit 8,3% noch etwas höher als jene der SPÖ, mit 26% der Stimmen war man aber immer noch die zweite Kraft im Land. Die FPÖ legte deutlich zu und gewann 6,5%, was zu einem Gesamtergebnis von 17,5% führte. Die Grünen verloren 0,6% und mussten sich mit 10,4% begnügen, was sie noch hinter das BZÖ warf, das 6,6% gewann und damit 10,7% erreichte. Dieses Wahlergebnis hatte folgende Sitzverteilung im Parlament als Konsequenz. Die SPÖ bekam 57 Sitze, die ÖVP deren 51, die FPÖ stellte 34 Parlamentarier. Das BZÖ durfte 21 Vertreter ins Parlament entsenden um einen mehr als wie die Grünen¹⁰⁸.

	Inflation	Arbeitslosigkeit	Konsum	Popularität	Umfrage/Wahlergebnis
01.07.2008	2,977%	5,798%	2,686%	55,300%	55,300%
01.01.2009	0,692%	7,446%	0,750%	55,432%	61,250%
01.07.2009	0,326%	7,020%	1,051%	55,796%	61,000%
01.01.2010	1,677%	7,402%	3,858%	55,638%	61,000%
01.07.2010	1,948%	6,495%	4,713%	55,764%	60,000%
01.01.2011	3,056%	6,971%	3,887%	55,248%	53,000%
01.07.2011	3,440%	6,486%		54,857%	54,000%

Abbildung 5.14.: Die Daten der Periode 2008 - 2011

Wie man in Abbildung 5.14. sehen kann steigt, die Popularität im Simulationsmodell bis in die zweite Hälfte des Jahres 2010 leicht um knapp 0,5% an, um sich dann wieder um fast 1% bis Ende 2011 zu verringern. Verglichen mit den Umfragewerten bestätigt das Simulationsmodell zwar den Trend in der Realität, doch sind die Schwankungen bei den Umfragen mit einem Anstieg um mehr als 6% und einem anschließenden Rückgang in selbiger Höhe, um ein Vielfaches größer. Im zweiten Halbjahr 2011 liegen die Werte des

¹⁰⁸ Homepage des Bundesministerium für Inneres <http://wahl08.bmi.gv.at/>

Simulationsmodells und jene der Umfragen um nicht einmal mehr 1% auseinander, was den Schluss zulässt, dass das Simulationsmodell den Trend bestätigt, aber gewisse Ausreißer in seiner Stärke nicht erfassen kann. Zu den Wirtschaftsfaktoren und deren möglichen Erholung hin zum Wahltermin kann man noch nichts sagen, da dieser noch zu weit in der Zukunft liegt.

6 Schlussbetrachtung

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Daten der Popularitätsfunktion des Frey-Schneider-Modells bei dieser Fallstudie zum Teil doch sehr weit von den tatsächlichen Wahlergebnissen entfernt sind. Mit Ausnahme der Nationalratswahlen von 1979 und von 2002 gibt es einen großen bis sehr großen Unterschied zwischen Realität und Simulationsmodell. Der Einfluss der Politik auf die Wirtschaft wird zum größten Teil durch bessere Wirtschaftsfaktoren hin zum geplanten Wahltermin bestätigt. Auch der Einfluss der Wirtschaftsfaktoren auf das Wahlergebnis kann man in den meisten beobachteten Fällen als bestätigt sehen, wobei im Simulationsmodell oft nur die Richtung des Trends stimmt, nicht aber das wirkliche Ausmaß der Änderung. Zur besseren Veranschaulichung der Ergebnisse dient die abschließende Abbildung 6.

	Politik Einfluss auf Wirtschaft	Simulationsmodell vs. Realität	Wirtschaft Einfluss auf Wahl
1966 - 1970	bestätigt	Diff. groß Trend nicht bestätigt	nicht bestätigt
1971 - 1975	teilweise bestätigt	Differenz unter 2,5% Trend nicht bestätigt	bestätigt
1975 - 1979	bestätigt	Differenz unter 0,5%	bestätigt
1979 - 1983	teilweise bestätigt	Differenz unter 1,5%	bestätigt
1983 - 1986	bestätigt	Differenz unter 2,5% Trend nicht bestätigt	nicht bestätigt
1986 - 1990	nicht bestätigt	Differenz 7% sehr groß	bestätigt
1990 - 1994	bestätigt	Differenz 8% sehr groß	bestätigt
1995 - 1999	bestätigt	Differenz 5% sehr groß	bestätigt
1999 - 2002	keine Aussage möglich	Differenz unter 0,5%	bestätigt
2002 - 2006	bestätigt	keine Aussage möglich	nicht bestätigt
2008 - 2013	keine Aussage möglich	Differenz 1% - 6%	bestätigt

Abbildung 6: Schlussbetrachtung

Literaturverzeichnis:

Alesina, Alberto: Macroeconomics and Politics, in: NBER Macroeconomics Annual 1988, Volume 3, S. 13 – 62

Arrow, Kenneth J.: Social Choice and Individual Values, Wiley, New York, 1951, Second Edition 1963

Behrends, Sylke: Neue Politische Ökonomie, WiSo Kurzlehrbücher, Reihe Volkswirtschaft, Vahlen Verlag, München 2001

Belke, Ansgar: Politische Konjunkturzyklen in Theorie und Empirie: eine kritische Analyse der Zeitreihendynamik in Partisan-Ansätzen, Mohr, Tübingen, 1996

Black, Duncan: The Theory of Committees and Elections, The University Press, Cambridge, 1958

Bombach, Gottfried: Von der Neoklassik zur modernen Wachstums- und Verteilungstheorie, in: Schweizer Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1964, S. 399 - 427

Buchanan, James M. und Tullock Gordon: The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy. Ann Arbor, University of Michigan Press, Michigan, 1962

Bundesministerium für Inneres:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx

Zugriff am 24.03.2012

Cuikerman, Alex und Meltzer, Allan H.: A Positive Theory of Discretionary Policy, the Cost of Democratic Government and the Benefits of a Constitution, Economic Inquiry, Volume 24, Issue 3, July 1986, S. 367 – 388

Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Horner, Franz; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C.; Talos, Emmerich: Handbuch des Politischen Systems Österreichs: Die Zweite Republik, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1997,

Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy, Harper, New York, 1957

Frey, Bruno S., Die Renaissance der Politischen Ökonomie, in: Schweizer Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1974, Heft 3, S. 357 – 407

Frey, Bruno S.; Meißner, Werner: Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie
Marxismus und ökonomische Theorie der Politik, Athenäum Fischer
Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1974

Frey, Bruno S.: Theorie und Empirie Politischer Konjunkturzyklen, in Zeitschrift für Nationalökonomie, 36. Jg., (1976), S. 95 - 120

Frey, Bruno S.; Pommerehne, Werner W.: Ökonomische Theorie der Politik,
Springer Verlag, Berlin Heidelberg New York, 1979

Frey, Bruno S.; Ramser Hans J.: The Political Business Cycle: Comment, No 43,
(1976), S. 553 - 555

Global-Rates.com

<http://de.global-rates.com/wirtschaftsstatistiken/inflation/verbraucherpreisen/vpi/osterreich.aspx>

Zugriff am 26.03.2012

Harrington, Joseph E.: Economic Policy, Economic Performance, and Elections, The American Economic Review, Number 83(1), 1993, S. 27 - 42

Hibbs, Douglas R.Jr.: Political Parties and Macroeconomic Policies, American Political Science Review 71, 1977, S. 1467 - 1487

Kalecki, Michal: Political Aspects of Full Employment, Political Quartely, 1943

McCraw, Thomas. "Schumpeter's *Business Cycles* as Business History." *Business History Review* 80 (summer 2006): 231-261.

Müller, Dennis C.: Public Choice III, Cambridge University Press, University of Vienna, 2003

Nordhaus, William D.: The Political Business Cycle, Review of Economic Studies No 42, (1975) S. 169 – 190

Person, Thorsten und Tabellini Guido: Macroeconomic Policy, Credibility and Politics, Fundamentals of Pure and Applied Economics, Routledge Taylor and Francis Group, Los Angeles USA, 1990

Olsen, Mancur: The Logic of Collective Action, Harvard University Press, Cambridge, 1965

Plasil, Tina: Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich: Die Nationalratswahlen von 1970 und 1971, Die Radioberichterstattung des ORF über Wahlkampf und Wahltag bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971, (2006)

Rogoff, Keneth: Equilibrium Political Budget Cycles, American Economic Review 80, 1990, S. 21 – 36

Rogoff, Keneth und Sibert, Anne: Elections and Macroeconomic Policy Cycles, Review of Economic Studies 15, 1988, S. 1-16

Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Konjunkturzyklen: Ein Simulationsmodell, Swiss Journal of Economics and Statistics (SJES), Swiss Society of Economics And Statistics (SSES), Vol. 110 (III), September 1974, S. 519-549,

Schneider, Friedrich: Politisch-ökonomische Modelle: Ein theoretischer und empirischer Ansatz, Hain Verlag, Königstein/Ts., 1978

Schumpeter, Joseph Alois: Business Cycles: A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist, 1939

Schumpeter , Joseph Alois: Capitalism, Sicialism and Democracy, Unwin, London, 1942

Wicksell, Knut: Finanztheoretische Untersuchungen, Gustav Fischer Verlag, Jena, 1896

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 2.4.: Varianten Politischer Ökonomie	Seite 10
Abbildung 3.5.6.: Die Theorien der politischen Konjunkturzyklen	Seite 32
Abbildung 5.1.: Die Daten der Periode 1966 – 1970	Seite 53
Abbildung 5.3.: Die Daten der Periode 1971 – 1975	Seite 57
Abbildung 5.4.: Die Daten der Periode 1975 – 1979	Seite 59
Abbildung 5.5.: Die Daten der Periode 1979 – 1983	Seite 61
Abbildung 5.6.: Die Daten der Periode 1983 – 1986	Seite 64
Abbildung 5.7.: Die Daten der Periode 1986 – 1990	Seite 66
Abbildung 5.8.: Die Daten der Periode 1990 – 1994	Seite 69
Abbildung 5.10.: Die Daten der Periode 1995 – 1999	Seite 71
Abbildung 5.11.: Die Daten der Periode 1999 – 2002	Seite 73
Abbildung 5.12.: Die Daten der Periode 2002 – 2006	Seite 76
Abbildung 5.14.: Die Daten der Periode 2008 – 2011	Seite 78
Abbildung 6: Schlussbetrachtung	Seite 79

Zusammenfassung:

In der hier vorliegenden Arbeit wird anfangs auf die Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik eingegangen und auf die Varianten der Politischen Ökonomie kurz aufgezählt. Im Anschluss wird auf die Ökonomische Theorie der Politik auch als Neue Politische Ökonomie bekannt eingegangen, im speziellen werden Politisch Ökonomische Gesamtmodelle vorgestellt.

Im weiteren Verlauf der Arbeit wird das Frey-Schneider-Modell beschrieben, und die 24 Gleichungen des wirtschaftlichen Teils, sowie die 12 Gleichungen des politischen Teils erklärt.

In der darauf folgenden Fallstudie werden die Aussagen und Annahmen die das Simulationsmodell von Friedrich Schneider und Bruno S. Frey aufstellt an Hand historischer Daten von Österreich zwischen 1966 und 2011 analysiert und überprüft. Dafür wurde das Frey-Schneider-Modell mittels der Programmiersprache Visual Basic in Excel implementiert. Dabei stellt sich heraus, dass die Daten der Popularitätsfunktion des Simulationsmodells des Frey-Schneider-Modells bei dieser Fallstudie zum Teil doch sehr weit von den tatsächlichen Wahlergebnissen entfernt sind. Der Einfluss der Politik auf die Wirtschaft wird zum größten Teil durch bessere Wirtschaftsfaktoren hin zum geplanten Wahltermin bestätigt. Auch der Einfluss der Wirtschaftsfaktoren auf das Wahlergebnis kann man in den meisten beobachteten Fällen als bestätigt sehen, wobei im Simulationsmodell oft nur die Richtung des Trends stimmt, nicht aber das wirkliche Ausmaß der Änderung.

Summary:

In this Magisterarbeit at the beginning there is the relationship between economy and politics discussed, and the different varieties of the political economy are mentioned. Further more there is presented the Economic Theory of Politics, also known as the New Political Economy, especially there are presented political economic models.

Then there is explained the Frey-Schneider-Model, with his 24 equations of the economic part, and the 12 equations of the political part.

In the next part of the work there is a case study, which deals with the Frey-Schneider-Model. The assumptions of the simulation model met by Friedrich Schneider and Bruno S. Frey are compared with original historic data from Austria between 1966 and 2011. There for the Frey-Schneider-Model is implemented into Excel with the programming language Visual Basic. Via comparing the data of the simulation model with the realities results of the elections, it can be said that most of the results of the popularity function are far away of the real results. The influence of politic on economy is mostly proved because the important economic factors improve the closer the estimated date of the elections gets. It is also proved that the economic factors have an influence on the results of the elections never the less the simulation model only shows the right trend, but not the real extend of the changes.

Geburtsdatum: 24.06.1977
Familienstand: ledig
Adresse: Marhaltstraße 5, 8740 Zeltweg
Telefon: 0650/5605505
E-Mail: jochen.kyslik@gmx.at

Ausbildung:

1987 - 1995: AHS Abteigymnasium Seckau
1995 - 1998: Internationale Betriebswirtschaft an der Universität Wien –
Unterbrechung aus finanziellen Gründen
2007 - 2012: Wiederaufnahme meines aus internationale Betriebswirtschaft an der
Universität Wien (voraussichtlicher Abschluss Juli 2012)
**(Schwerpunkte Internationales Management und Logistik
Management)**

Berufserfahrung:

1997 – 2006 Security, Tribünensupervisor und Teamleiter für die Firmen CAM-Security und Formula One Management bei ca. 100 Formel 1 Grand Prix
2000 – 2002 selbständig als Finanzdienstleister für die Firmen VFG und Protected Financial Services
EURO 2004/2008 Stadionleiter für den VIP Bereich für Sicherheit verantwortlich bei den Fussballeuropameisterschaften 2004 in Portugal (Aveiro und Lissabon) und 2008 in Österreich (Wien) in Auftrag von Do&Co
2007 – 2011 Messe Wien – Christoph Ammann Management & Jo&Co Event Management & Consulting: Betreuung von Messen und internationalen Kongressen, Supervisor für das Personal und Ansprechperson für die Veranstalter

Qualifikationen:

- Wirtschaftsenglisch in Wort und Schrift
- gute Französischkenntnisse
- gute Italienischkenntnisse
- gute Computerkenntnisse (MS-Office, Visual Basic)
- Führerschein der Gruppe B

Fähigkeiten:

- Durch meine Tätigkeiten bei diversen Großveranstaltungen auf der ganzen Welt waren soziale Kompetenzen und die Fähigkeit im Team zu arbeiten Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten
- Selbständiges Arbeiten, da ich bei vielen meiner Tätigkeiten als freier Dienstnehmer gearbeitet habe und somit nicht immer weisungsgebunden war, musste ich in vielen Aufgabebereichen selbständig arbeiten

Hobbys und Interessen:

- Sport (Wandern, Radfahren, Fussball)
- Filme und Kino